

# DISPUT

ISSN 0948-2407 | 67485

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE  
JANUAR 2020 2 EURO

## Strategiedebatte

Jan Korte, Sahra Mirow, Stefan Hartmann, Katina Schubert und Amira Mohamed Ali machen Vorschläge, wie sich DIE LINKE in Zukunft aufstellen sollte. 8

## Mietenkampagne

Dreiklang Deckeln, Enteignen und sozialer Wohnungsbau – so läuft es mit der bundesweiten Mietenkampagne in Wustermark, Lüneburg und Hamburg. 14

## Digitalkonferenz

Auf der Digitalkonferenz der LINKEN wurden die Auswirkungen der Digitalisierung diskutiert und emanzipatorische Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt 4

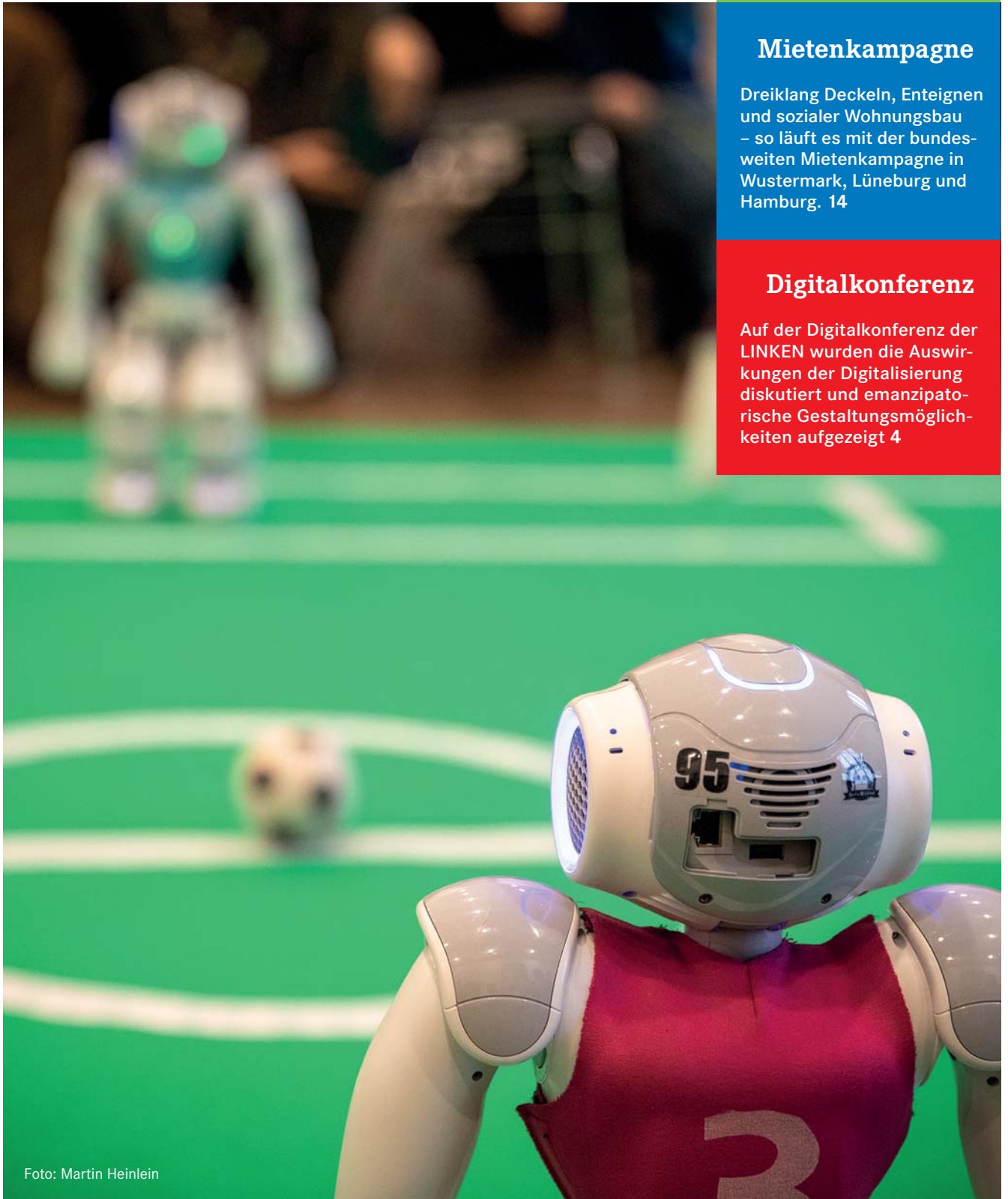


Foto: Martin Heinlein

## INHALT



**I**ch habe keine Lust, bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen zu wählen«, schmettert der Satiriker Jean-Philippe Kindler, den ihr vielleicht mit seiner Poetry-Slam-Performance »Mindestlohn« vom Leipziger Parteitag oder von unserem YouTube-Kanal kennt, und schreibt uns ins Stammbuch: Wenn DIE LINKE es schafft, »jene Mythen der Unvereinbarkeit von radikalem Klimaschutz und Sozialpolitik zu überwinden«,

habe sie eine große Chance, insbesondere von jungen Menschen gewählt zu werden. Sein leidenschaftliches Plädoyer lest ihr auf den Seiten 6 und 7. Sicherlich habt ihr mitbekommen, dass am 29. Februar und 1. März 2020 die Strategiekonferenz der LINKEN in Kassel stattfindet. Alle Parteimitglieder sind aufgerufen, sich zu Wort zu melden. Auch im DISPUT führen wir die Debatte. Ab Seite 8 findet ihr sechs Beiträge zur Strategiedebatte, u. a. von unserer neuen Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali. Unsere Partei bewegt eine Menge: 9,1 Prozent holte Björn Thoroer als Bürgermeisterkandidat in Kiel. Ein herausragendes Ergebnis! Wie er das gemacht hat, erfahrt ihr auf den Seiten 14 und 15. Auf den folgenden Seiten berichten wir über tolle Kreisverbandsaktionen im Rahmen unserer Mietenkampagne. Trotz der Militärinvasion gegen Afrin hat die Bundesregierung 2018 noch

Waffen im Wert von 242,8 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Über die deutsche Komplizenschaft eines Kriegsverbrechens in Rojava berichtet unsere Bundestagsabgeordnete Helin Evrim Sommer auf den Seiten 24 und 25. Wenn ihr diese Ausgabe des DISPUT in euren Händen haltet, ist es kurz vor Weihnachten. Nutzt diese Tage für zur Entspannung, zur Sammlung neuer Kräfte und: Kommt gut ins neue Jahrzehnt.

Thomas Lohmeier, Leiter Bereich  
Öffentlichkeitsarbeit

## DISPUT 1/2020

VOR-GELESEN VON  
THOMAS LOHMEIER

### DIGITALKONFERENZ

Eindrücke von der ersten  
Digitalkonferenz der LINKEN 3

### AUSBLICK

Jean-Philippe Kindler wünscht sich  
für 2020, wieder DIE LINKE wählen  
zu können 6

### STRATEGIEDEBATTE

Neue Beiträge zur  
Strategiedebatte 8

### OB-WAHL

Björn Thoroer spricht im Interview  
über seinen erfolgreichen  
Wahlkampf in Kiel 14

### MIETENKAMPAGNE

Update aus Hamburg, Lüneburg  
und Wustermark 16

### AFD-PARTEITAG

Zwischen Rechtsruck und  
Regierungsverantwortung 20



JEDEN MONAT  
AUS DEM HAUS 5  
FEUILLETON 19  
PRESSEDIENST 26  
DAS KLEINE BLABLA 27  
NEU IM KINO 29  
KULTUR 30  
JANUARKOLUMNE 31

### INTERNATIONAL

Die Umbrüche in Lateinamerika  
sind auch eine Herausforderung  
für die deutsche Linke 22

### INTERNATIONAL

Helin Evrim Sommer über die  
deutsche Beteiligung am Krieg  
in Syrien 24

### GESCHICHTE

Die blutigste Demonstration der  
deutschen Geschichte fand vor  
100 Jahren statt 28

Foto: Julien Then

**IMPRESSUM** DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin **REDAKTION** Nina Rink, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009346, disput@die-linke.de  
**GRAFIK UND LAYOUT** Herbell, Berlin **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407  
**REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 01/2020:** 13. Dezember 2019. DISPUT 02/2020 erscheint am 30. Januar 2020.

# Digital und emanzipatorisch

Unter dem Titel »(K)eine automatische Revolution« hat DIE LINKE ihre erste Konferenz zu Digitalisierung und sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet **VON NINA RINK**



**N**icht nur weil es draußen grau und nasskalt ist, beginnt der Tag mit einem Warm-Up. Genauer: Einem digitalen Warm-Up zur Einstimmung und Erklärung wichtiger Begriffe, die im Laufe des Tages noch fallen werden. Katalin Gennburg, Sprecherin für Smart City der Linksfraktion Berlin hat Elisabeth Calderon-Luening von der Forschungsgruppe »Ungleichheit und digitale Souveränität« an der Universität der Künste und Walter Palmethofer, Projektleiter der Open Knowledge Foundation, eingeladen, um über einige Buzzwords im Zusammenhang mit Digitalisierung und sozialer Gerechtigkeit zu fachsimpeln. Gennburg lässt schon in der ersten Veranstaltung anklingen, worum es heute gehen wird: »Scheiße aus der analogen Welt nicht in der digitalen

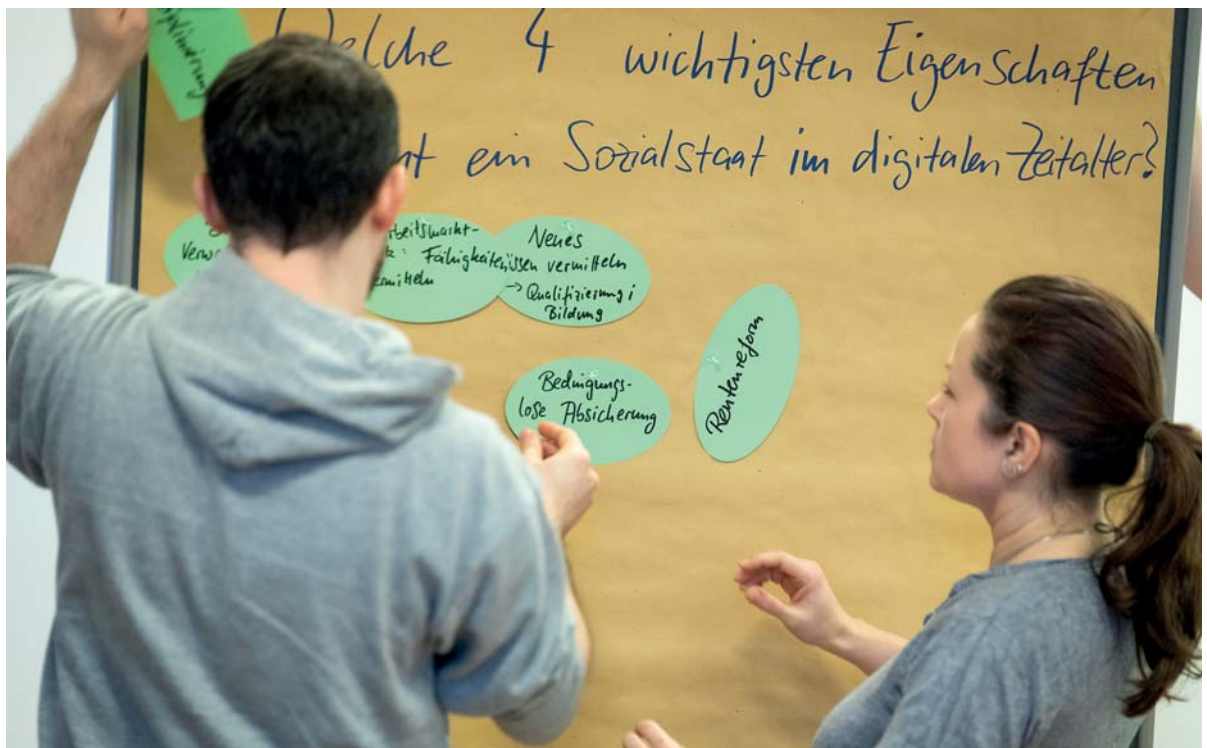
**»Gibt es überhaupt einen neuen digitalen Kapitalismus?« Diese und andere Fragen diskutierten Nina Scholz, Bernd Rixinger und Evgeny Morozov**

Welt zu reproduzieren, ist Aufgabe einer sozialistischen Partei.«

Diese Konferenz am 7. Dezember 2019 ist die erste der Partei DIE LINKE, die sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung auseinandersetzt. Im Ankündigungstext heißt es: »Der technische Fortschritt und die Folgen der Digitalisierung stellen uns alle vor neue Herausforderungen, manche davon können wir heute nur erahnen. Umso wichtiger, dass DIE LINKE Antworten parat hat, wie wir auf diese Herausforderungen reagieren sollten, damit die Vorteile der Digitalisierung allen zu Gute kommen

und nicht nur den Reichtum und die Kontrolle weniger stärkt.« Dazu sollten in Workshops, aber auch auf Podien Lösungen zusammengetragen und Standpunkte weiterentwickelt werden.

Politiker\*innen, IT-Spezialist\*innen, Aktivist\*innen, Gewerkschafter\*innen und Wissenschaftler\*innen kamen in acht Slots zusammen. Im Workshop »Welchen Sozialstaat brauchen wir für den digitalen Wandel« wurden in Kleingruppen konkrete Kriterien festgehalten, während bei »Demokratie- und Eigentumsfrage stellen: sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und Digitalisierung« im ersten Teil analysiert und im zweiten Teil nach Umsetzungsmöglichkeiten gesucht wurde. Auch die kritische Auseinandersetzung mit gefährlichen Aspekten digitaler



Technologie spielte eine Rolle, so im Workshop »Digitale Macht«, der die Entwicklungen in China und die neu entstandenen Kontrollmöglichkeiten für autoritäre Staaten unter die Lupe nahm. Im Workshop »Digitale Gewalt gegen Frauen« wurde ebenfalls deutlich, dass zum Beispiel sexualisierte Gewalt durch technologische Innovationen eine neue Dimension bekommen hat – und sie mit klassischen Mitteln polizeilicher Ermittlungen und strafrechtlicher Verfolgung noch schwieriger als bisher zu bekämpfen ist. Austausch, Vernetzung und Gegenstrategien waren Teil der Arbeitsgruppen. Auch die Auswirkungen digitaler Technologie auf viele andere Lebensbereiche wurden untersucht und Gestaltungsmöglichkeiten diskutiert: Ob Bildung und Wissenschaft, Gesundheit, Arbeit, Medien und Öffentlichkeit oder ländlicher Raum.

Ein Highlight war das Roboter-Fußballspiel des »RoboCup«-Teams der Humboldt-Universität in der Mittagspause. Das rote »Team« konnte drei Tore gegen Blau erzielen. Der Torjubiläum fiel allerdings aus – die Roboter sind nicht intelligent genug, um zu merken, wann sie ein Tor geschossen haben, erklärten die Informatikstudenten und Roboter-Trainer Hein-

#### Die Teilnehmer\*innen erarbeiteten in Kleingruppen konkrete Anforderungen an den Sozialstaat im Digitalen Zeitalter

Foto: Martin Heinlein

rich und Benjamin. Das Match sorgte für kurzweilige Unterhaltung – und zeigte auch, dass noch viel Entwicklungsarbeit nötig ist, bis ein Roboter-Team die menschliche Weltmeister-Elf besiegen können wird.

Den offiziellen Abschluss des Tages bildete das Podium »Digitaler Klassenkampf – Die Zukunft des digitalen Kapitalismus und Perspektive des neuen Sozialismus«. Sabine Nuss moderierte die Diskussion mit Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN, Politikwissenschaftlerin und Autorin Nina Scholz und dem aus Mailand unter abenteuerlichen technischen Bedingungen zugeschalteten Publizisten Evgeny Morozov. Dieser erläuterte zu Beginn, warum es jenseits der Regulierung großer Plattformen und Tech-Unternehmen vor allem um soziale Transformation gehen müsse. »Ich bin froh, dass die Klassenkämpfe zurück sind«, konstatierte Nina Scholz und kritisierte das kürzlich veröffentlichte Papier zu demokratischer Digitalisierung von Katja Kip-

ping, Anke-Domscheit-Berg und Katalin Gennburg. »Viel zu zahm« sei dies angesichts der real bereits viel weiter fortgeschrittenen Klassenkämpfe rund um Tech-Konzerne wie Amazon oder Deliveroo. Bernd Riexinger erklärte, »öffentliche Kontrolle und Demokratisierung stärker in den Fokus unserer Politik« stellen zu wollen und nannte es eine »LINKE Daueraufgabe«, zu überlegen, wie neue Entwicklungen sich zuerst am Wohle der Menschen ausrichten ließen. Das hätte auch als Fazit dienen können – Einigkeit herrschte bei den meisten der rund 250 Teilnehmer\*innen darin, dass die Konferenz erst der Anfang der dauerhaften Auseinandersetzung mit dem Thema war.

#### INFO

Auf [www.die-linke.de/digitalkonferenz2019](http://www.die-linke.de/digitalkonferenz2019) werden in den kommenden Wochen Audio- und Video-Mitschnitte der Impulsreferate, Workshops und Podien online gestellt.

Im Januar 2020 wird das Hartz-IV-Gesetz 15 Jahre alt – für uns kein Grund zum Feiern. Ein Grund, Revue passieren zu lassen, dass Hartz IV kein rot-grüner Betriebsunfall war, sondern neoliberales Programm: »Wir werden soziale Leistungen kürzen«, hatte Bundeskanzler Schröder die Reform begründet, um die Wirtschaft anzukurbeln. Zugleich sollte mit Verfolgungsbetreuung – Neusprech: »fördern und fordern« – den Betroffenen buchstäblich jede Würde genommen werden. »Wie ein Penner« werde er vom Jobcenter behandelt, beschwerte sich ein älterer Betroffener mir gegenüber. Löhne senken, Profit erhöhen, dann ginge es allen gut. DIE LINKE ist im Kampf gegen Hartz IV entstanden und gewachsen. Wir haben gegen die damalige Allparteien-Koalition gestanden. Und die Geschichte hat uns recht gegeben: Wir haben Hartz IV delegitimiert und die Sanktionen bekämpft.

Heute ist Anlass, grundlegend über den Sozialstaat zu sprechen – einen neuen Sozialstaat. Wie sieht der Sozialstaat der Zukunft aus? Kann er in einer digitalen und automatisierten Welt bestehen? Um einen starken Sozialstaat zu entwickeln, müssen wir klar benennen, was dieser für uns als demokratische Sozialisten leisten soll. Es geht dabei um mehr als einen löchrigen Schutz vor extremer Armut. Unser Leitbild ist Schutz vor Angst: dem Schutz davor, dass gesellschaftliche Teilhabe unmöglich wird, weil ein Mensch, in einer bestimmten Lebenslage, nicht den kapitalistischen Leistungsansprüchen genügt. Unserem Sozialstaat liegt die Idee zugrunde, die Angst vor Armut und Isolation, die uns im kapitalistischen System in die Lohnarbeit zwingt, zu überwinden. Das heißt nicht, dass Arbeit sich nicht lohnen sollte. Wer Großes, Kleines, Mühseliges und Schö-



JÖRG SCHINDLER

## Kämpfen für einen Sozialstaat der Zukunft

nes leistet, gehört gut bezahlt. Wir möchten Hartz IV nach vorn auflösen: Unser Sozialstaat kennt nicht mehr die Angst, von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden.

Wir wollen nicht einfach nur etwas Vergangenes zurück. Der Sozialstaat der Nachkriegszeit war auf erwartbare Berufsbiografien ausgelegt. Er ging oftmals von Einkommensverhältnissen aus, bei denen ein Einkommen eine ganze Familie versorgen könnte und musste. Unser neuer Sozialstaat muss und wird diese Abhängigkeiten kappen und die Freiheit der Lebensentwürfe ermöglichen.

An dieser Stelle bietet die Digitalisierungskonferenz vom vergangenen Dezember Inspiration. In den Debatten wurde deutlich: Erwerbsbiografien sind nicht mehr linear und die Beschäftigungsverhältnisse finden über Freiberuflichkeit und Plattformarbeit in der Peripherie des alten Sozialstaatskonzeptes statt. In den Debatten um neue Arbeitswelten zeigte sich, warum wir für Neues und für Altes kämpfen wollen. Denn die

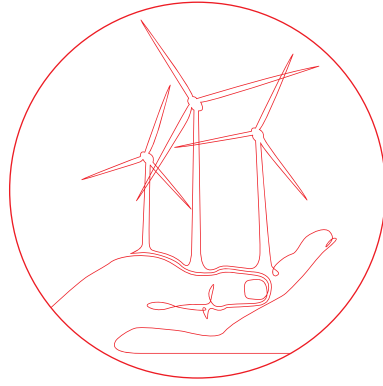
Möglichkeit, eine vielfältige Erwerbsbiografie zu haben, kann positiv sein. Unterschiedliche Lebensphasen bieten unterschiedlich viel Raum für Erwerbsarbeit – wer Kinder hat, will sich vielleicht mehr Zeit für sie nehmen. Manche Menschen haben einige intensive Berufsjahre hinter sich und möchten kürzer treten. Mancherorts schließen Firmen und die Beschäftigten brauchen eine Weile, etwas Passendes zu finden. Die Gründe sind vielfältig – keiner von Ihnen darf dazu führen, dass ökonomische und soziale Teilhabe nicht mehr möglich ist. Hier müssen wir Neues schaffen. Ein Sozialstaat, der es ermöglicht, dass die Arbeit zum Leben passt. Solidarische Umlagesysteme, finanziert dadurch, dass alle Einkommensarten beteiligt werden, müssen eine unkomplizierte Mindest- und Lebensstandardsicherung sicherstellen.

Der zweite Punkt, der debattiert wurde, macht deutlich, dass wir auch für Altes kämpfen müssen. Arbeitsrechte und Tarifbindung sind der beste Schutz vor prekärer Arbeit. Hier dürfen wir nicht zulassen, dass Unternehmen die Rechte von Beschäftigten aushöhlen. Der Kampf für diese alten Konzepte wird sich auch in Zukunft lohnen. Denn auch zukünftige Kämpfe um eine gerechtere Gesellschaftsordnung werden von solidarischen Organisationsformen Erwerbstätiger stark profitieren.

Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer der LINKEN

Fotos: Mark Mühlhaus/attenzione, DIE LINKE





**D**ie Wahrheit ist: Ich habe bei der Bundestagswahl 2021 keine Lust, die Grünen wählen zu müssen, weil sich die Partei, bei der ich eigentlich überzeugtes Mitglied bin, ignorant weigert, ihre klimapolitische Konzeptlosigkeit zu überwinden. Ich weiß, ich weiß, die Antwort liegt euch allen schon auf der Zunge: »Aber wir machen doch eigentlich grünere Politik als die Grünen, es weiß nur niemand!« Leute, beim besten Willen. Es ist wirklich höchste Zeit, diese Selbstbeweihräucherung zu beenden. Vor allem, weil das einfach nicht stimmt. Klar, wir können jetzt alle noch hundertmal auf das Parteiprogramm der LINKEN verweisen, um zu unterstreichen, dass wir wirklich wirklich wirklich mehr Windkraftanlagen aufstellen wollen als die Grünen, aber es ist nun mal so, dass sich niemand für Parteiprogramme interessiert. Wofür sich vor allem junge Leute eher interessieren, sind Reaktionen auf ein Klimapaket der Bundesregierung, welches wirklich lächerlicher kaum sein könnte. Und da hat es DIE LINKE wieder einmal verpasst, sich klar zu positionieren. Der Aufschrei kam wieder einmal in erster Linie von den Grünen. Das Ziel für 2020 ist aus meiner Sicht aber ganz klar die Konstituierung eines rot-rot-grünen Lagers, welches sich scharf vom konservativen Parteienspektrum unterscheidet. Die SPD hat sich, so scheint es zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, bereits auf den richtigen Kurs gebracht, so bestätigte der neue SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans doch genau dieses Vorhaben im »Aufwachen«-Podcast mit der Aussage, alles für einen Lagerwahlkampf tun zu wollen. Damit dies gelingt, müssen DIE LINKE und die SPD allerdings ihre Klimakonzepte überarbeiten, vor allem in puncto Wähler\*innenbindung. Denn zum gegenwärtigen Zeitpunkt erinnert mich die klimapolitische Öffentlichkeits-

arbeit beider Parteien an meinen alten Schulfreund Louis, der bei Facebook regelmäßig so etwas postete wie »Manchmal läuft auch wirklich ALLES gegen einen« und dann auf nachfragende Anteilnahme in den Kommentarspalten mit den Worten »Ach, ist egal« reagierte. Was muss innerhalb der LINKEN passieren, damit man möglichst wenig wie Louis ist?

# Ich will DIE LINKE wählen können

VON JEAN-PHILIPPE KINDLER

## Konservative Mythen radikal entzaubern

Das radikalere Klimaschutz soziale Strukturen aufspaltet, sich gegen Gewerkschaftsarbeit richtet und am ehesten die Armen unserer Gesellschaft belastet, ist ein konservatives Märchen, welches einige Linke derartig akkurat nachplappern, als wäre die komplette klimapolitische Eigeninitiative in der oralen Phase steckengeblieben. Wie Naomi Klein in der Dezemberausgabe der »Blätter für deutsche und internationale Politik« richtigerweise betont, zwingt das Konzept des Green New Deal die Menschen eben nicht, »sich zwischen der Sorge um das Ende der Welt und der um das Monatsende zu entscheiden«. Nehmen wir das viel zitierte Beispiel der Arbeiter\*innen in der Kohleindustrie: Längst hat die Union den stereotypen Kohlearbeiter aus der Lausitz zu einer politischen Figur hochgejazzt, die DRAUF UND DRAN ist, sich in seine gelbe Weste zu werfen, um in Cottbus mal schön ein paar Kleinwagen anzuzünden. Und diese Chimäre hat man geglaubt, obwohl die Entstehung der Gelbwestenproteste in Frankreich unter völlig anderen sozialen Bedingungen stattfand, die in Deutschland keinesfalls gegeben sind. Und der Feind ist auch schnell ausgemacht: Die »Fridays for Future«-Aktivistin, die mit ihrer Radikalität das soziale Wohl eben jenes Kohlearbeiters gefährdet. Zwei Anmerkungen: Erstens: Die Union interessiert sich natürlich nicht wirklich für das

Wohl der Kohlearbeiter\*innen. Zweitens: Umweltaktivist\*innen dafür verantwortlich zu machen, dass Leute durch klimapolitische Umstrukturierungsprozesse ihren Job verlieren, ist ungefähr so, wie wenn ich den Mann verprügele, mit dem meine Freundin geschlafen hat, obwohl der nicht mal wusste, dass meine Freundin vergeben ist, was sie auch nicht war, weil ich sie vorher bereits betrogen habe. Klimaschutz und Sozialpolitik stehen sich nur innerhalb solcher Gesellschaftsformen diametral gegenüber, in denen strukturpolitische Versäumnisse im großen Stile auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung übertragen wird, um Argumente gegen eine Klimapolitik herbeizuzaubern, die wir JETZT brauchen, damit wir den Karren nicht völlig an die Wand fahren. Deutschland hat nämlich genug Geld, um Arbeiter\*innen, die von klimapolitischen Maßnahmen betroffen wären, würdig abzusichern. Genau aus diesem Grund ist es leider peinlich, dass linke Politiker\*innen nicht ebenso lautstark auf die Barrikaden gingen, wie ihre Kolleg\*innen aus der grünen Mitte. Denn mit einer vernünftigen CO<sub>2</sub>-Steuer, die eine tatsächliche Lenkungswirkung entfaltet, hätte man ein klimapolitisches Instrument schaffen können, welches durchaus sozialverträglich hätte sein können. Dafür hätte sie aber bei 40 Euro pro Kilogramm CO<sub>2</sub> einsteigen müssen. Die viel zu leise Kritik aus der LINKEN beweist die klimapolitische Verdrossenheit einer Partei, dessen wichtige Skepsis gegenüber grüner Politik zu einer lethargischen Verweigerungshaltung mutierte. Denn natürlich ist es wichtig, grüne Politik ideologiekritisch auf elitäristische Fehlbildungen abzutasten, oder anders gesagt: Wenn auf der »Fridays for Future«-Demonstration die Studentin verkündet, dass man all die Konsumsüchtigen zu verurteilen hat, die am »Black Friday« auf Schnäppchenjagd gehen, dann hat man als

Linke\*r natürlich die Aufgabe, (un-)freundlich darauf hinzuweisen, dass bei 40 Prozent der Deutschen am Ende des Monats kein Geld für Konsumsucht übrig bleibt, weil die Miete zu hoch ist. Wer außer die LINKE könnte effektiver darauf hinweisen, dass eine ethisch und moralisch korrekte Ernährung immer noch ein Luxusgut ist und nicht etwa einer demokratisierten Geisteshaltung entspricht, für die sich jede\*r, unabhängig vom Einkommen, einfach so entscheiden kann, nur weil Fans irgendwelcher Instagram-Blogger\*innen der virtuelle Unterleib flattert, wenn man ihnen vorführt, dass »diese neue Fairtrade-Unterwäsche wirklich von Tag zu Tag glücklicher macht«.

”

**Die viel zu leise Kritik aus der LINKEN beweist die klimapolitische Verdrossenheit einer Partei, dessen wichtige Skepsis gegenüber grüner Politik zu einer lethargischen Verweigerungshaltung mutierte.**

## Niemand verlangt, sozialpolitische Schwerpunktthemen aufzugeben

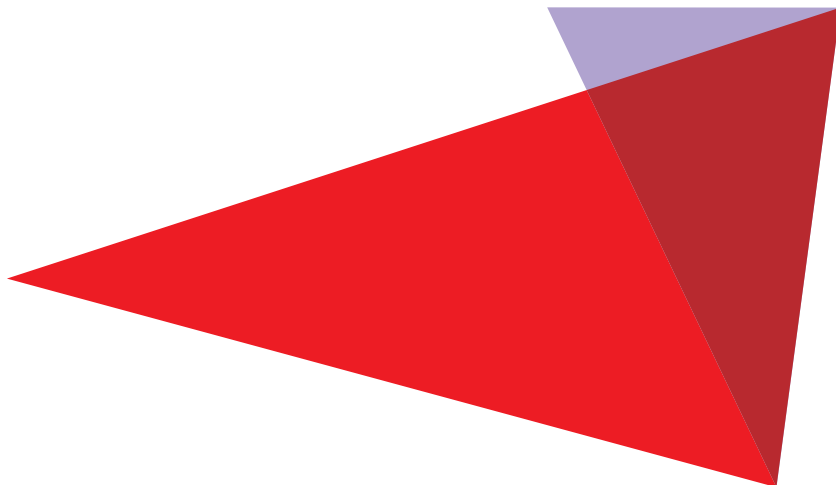
Es ist nämlich so: Wenn man sich klug anstellt, kann man die klimapolitische Sensibilisierung der Gesellschaft auch dafür nutzen, um die ein oder andere soziale Transformation anzustoßen, die bisher tabuisiert scheint. Neoliberale Denkangebote geraten durch die anhaltenden Umweltproteste zunehmend unter Druck – wenn man es als LINKE schafft, sich mit diesen Protesten zu solidarisieren, so verbessert man automatisch auch seine sozialpolitische Verhandlungsposition. Denn wenn die Klimabewegung erst einmal entlarvt hat, dass der Markt eben nicht alles zum Wohle aller regelt, so kann man aus einer umweltpolitischen Perspektive heraus beispielsweise viel effektiver die gegenwärtige Wohnungspolitik kritisieren. Das ist übrigens neben Klimaschutz der zweitwichtigste Fokus des Jahres 2020 – denn seit 2011 haben die Preissteigerungen deutsche Immobilienbesitzer um drei Billionen Euro reicher gemacht. Die AfD beginnt jetzt schon, dieses Thema für sich zu beanspruchen, die LINKE sollte also schleunigst an die jüngsten Erfolge in Berlin anknüpfen, ohne dabei auf den Schulterschluss mit grüner Politik zu verzichten.

Wenn die LINKE es schafft, parteiintern jene Mythen der Unvereinbarkeit von radikalem Klimaschutz und Sozialpolitik zu überwinden, so hat man die große Chance, vor allem von jüngeren Wähler\*innen wieder ernst genommen zu werden. Und vor allem ermöglicht man dadurch eventuell 2021 einen rot-rot-grünen Wahlausgang, den man maßgeblich mit klugen, linken Ideen herbeigeführt hat.

Jean-Philippe Kindler ist Satiriker und derzeit mit seinem Programm »Mensch ärgere dich nicht« auf Tour

Die Diskussion um künftige Herausforderungen und die Strategie der LINKEN ist eröffnet. Auf den folgenden Seiten: neue Beiträge von Sahra Mirow, Amira Mohamed Ali, Jan Korte, Stefan Hartmann, Bettina Gutperl und Katina Schubert.

# strategie debatte



## Zusammenbringen, was zusammen gehört

VON SAHRA MIROW

Diese Strategiedebatte kommt zur richtigen Zeit, denn wir brauchen sie.

Nach unbefriedigenden Wahlergebnissen (ausgenommen Thüringen und Bremen) und diversen Diskussi-

onen zwischen Partei- und Fraktionspitze ist eine ehrliche Evaluation nötig, wie wir miteinander arbeiten und reden wollen. Schließlich gilt es, ein Projekt zu verteidigen.

Wer in DIE LINKE kommt, hat einige Überlegungen angestellt. Schließlich geht es um die Entwicklung von Alternativen zu einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das Menschen ihrer elementaren Menschenrechte beraubt. Wir gehen an die Wurzel. Wer tatsächlich »Life-Style«-Poli-

tik und Wohlfühlparolen zelebrieren will, geht zu den Grünen. Darum ist es wichtig zu erkennen, was uns verbindet, statt nach innen und außen auszugrenzen.

Mich erschreckt, wie vermeintliche Grenzen zwischen Gruppen gezogen werden. Ich bin in Heidelberg aktiv, in einer Stadt mit 36.000 Studierenden. Unser Ortsvorstand besteht mehrheitlich aus jungen Leuten, die sich in der Pflegekampagne, bei unserer landesweiten Weihnachtsaktion für Beschäftigte im Einzelhandel, in der Seebrücke und vielem mehr engagieren. Viele von ihnen studieren, trinken auch mal gerne einen Latte Macchiato und engagieren sich in sozialen Projekten, zum Beispiel bei unseren Aktionen vor dem Jobcenter. Wir haben Langzeiterwerbslose, die Jahren in der Geflüchtetenhilfe arbeiten. Sie alle sind DIE LINKE. Wer behauptet, wir wären zu wenig sozial, verkennt diese Realität vor Ort.

Wenn wir unser soziales Engagement um die Ökologie erweitern, ist das auch keine Reduktion des Sozialen, sondern eine überfällige Zusammenführung. Auch hier dürfen wir nicht trennen, was zusammengehört.

Vielmehr müssen wir Brücken schlagen. Brücken zwischen unseren Mitstreiter\*innen, aber auch zwischen unseren Wählerinnen und Wählern. DIE LINKE bringt verschiedene Milieus wie Erwerbslose und prekär beschäftigte Akademiker\*innen

Foto: Martin Heinlein





schließlich nicht nur an der Wahlurne zusammen, sondern auch in der Partei selbst.

Eine verbindende Partei braucht neue, verbindende Strukturen. Seit 2017 verbuchen wir in Baden-Württemberg viele Neuzugänge und ohne diesen Zulauf hätten wir bei der letzten Bundestagswahl keine 6,4 Prozent geholt. Wie also stellen wir uns künftig auf und welche Angebote wollen wir entwickeln? Feministische Stammtische, kleinteiligere Arbeitsstrukturen in Projekten, gemeinsame kulturelle Projekte – das alles können Beiträge für eine moderne Parteiarbeit sein.

Das und vieles andere müssen wir diskutieren – gemeinsam, inklusiv und auf Augenhöhe.

Sahra Mirow ist Landessprecherin der LINKEN Baden-Württemberg sowie Stadträtin und Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat Heidelberg

## In den Zeiten der Krise

VON AMIRA MOHAMED ALI

Die Ära Merkel und der Großen Koalition als schwarz-rotes Bündnis geht zu Ende. Der damit verbundene Umbruch wird in einem verunsicherten Land stattfinden, das von den neoliberalen Regierungen in eine katastrophale Lage geführt wurde, geprägt durch eine tiefe soziale Spaltung, steigende Altersarmut, eine sich entfaltende Strukturkrise in der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie, unbewältigte Herausforderungen durch den Klimawandel, eklatante Investitionsdefizite bei Bildung, Pflege und Infrastruktur – um nur einige Probleme grob zu nennen.

Was bedeutet das für DIE LINKE? Natürlich müssen wir an Stärke gewinnen. Nur mit einer starken LIN-

KEN wird in der Post-Merkel-Ära die dringend notwendige soziale und ökologische Wende eine Chance haben. Wir müssen schnell klären, warum das steigende gesellschaftliche Bedürfnis nach einer sozialeren Politik bisher bundesweit bei uns nicht zu steigenden Stimmenanteilen führt, obwohl von unseren Forderungen Arbeitnehmer\*innen und Rentner\*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie Arbeitslose am meisten profitieren würden. Dafür ist entscheidend, dass wir sowohl in unseren internen Debatten als auch in der Kommunikation nach außen die Solidarität leben und ausstrahlen, die wir uns für unsere Gesellschaft wünschen. Es ist unsere Verantwortung, unsere klassischen Zielgruppen wieder zu erreichen und in noch breiteren Teilen der Bevölkerung als glaubwürdige und unterstützenswerte politische Kraft wahrgenommen und angenommen zu werden. Denn DIE LINKE macht Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung.

Wir müssen konsequent unseren Kern nach vorne stellen. Wir stellen als einzige Partei die Machtverhältnisse infrage und legen uns mit den Superreichen an – zum Wohle der Allgemeinheit. DIE LINKE will eine Umverteilung von oben nach unten. Nur wir fordern eine angemessene Vermögenssteuer, die Multimillionäre zur Kasse bittet. Nur wir fordern konsequent, dass Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Infrastruktur, Stromversorgung, Gesundheitsvorsorge, Rentenversicherung vollständig in öffentlicher Hand bleiben beziehungsweise in diese wieder überführt werden. DIE LINKE will einen bundesweiten Mietendeckel, die Enteignung privater Immobilienkonzerne sowie ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm in öffentlicher Hand. Auch bei der Frage der Klimagerechtigkeit muss unsere Botschaft sein, dass nicht – wie im Falle der Bankenkrise – vor allem wieder die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zur



»Wir müssen denjenigen, die von allen anderen im Stich gelassen werden, zeigen, dass es in unserer Politik um sie geht.«

Kasse gebeten werden. Wir stehen für massive öffentliche Investitionen und sozialen Klimaschutz. Das muss ebenso unser Markenzeichen sein wie die Friedenspolitik. Hier muss sich DIE LINKE weiter konsequent gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte und den neuen Kalten Krieg mit Russland einsetzen. Auch müssen wir die sozialen Folgen der Hochrüstungspolitik benennen. Im Haushalt ist die Rüstungsquote inzwischen höher als die Investitionsquote!

Es gilt, gesellschaftliche Bündnisse zu organisieren, um gemeinsam mit der Friedensbewegung, Gewerkschaften und sozialen Initiativen gegen diese verantwortungslose Politik vorzugehen, die auch von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Ob es gelingt, dieser Mehrheit eine Stimme zu geben, liegt nicht zuletzt an uns. Es wäre ein Fortschritt, sollte sich die SPD mit ihrer neuen Führung endlich wieder auf ihre sozialdemokratischen Wurzeln besinnen und in diesen Kampf einreihen. Es wäre aber bekanntlich nicht das erste Mal, dass die SPD links blinkt und dann einen anderen Kurs einschlägt. Ein großes Ziel für uns bleibt, die Politik in Deutschland und Europa insgesamt nach links zu verschieben. In jedem Fall muss klar bleiben: Für uns LINKE darf es nicht darum gehen, bloß mitregieren zu wollen. Unsere Rolle ist es, der Garant für einen wirklichen Politikwechsel zu sein.

Amira Mohamed Ali ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

## Niemanden im Stich lassen

VON JAN KORTE

Nach etlichen herben Wahlniederlagen der LINKEN und einem Sinkflug in den Umfragen stagniert unsere Partei nach dem Wahlsieg von Bodo Ramelow und unseren Thüringer Genoss\*innen in der Sonntagsfrage bei acht Prozent. Im Gegensatz zu den französischen und italienischen Linksparteien, die in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind, sind wir (noch) in der Situation, unsere Partei für die Zukunft aufstellen zu können. Wir sollten diese Chance dringend nutzen, wenn wir nicht denselben Weg nehmen wollen.

Unsere Gesellschaft befindet sich in einer gefährlichen Lage. Der Hass wächst im Netz und auf der Straße, die in weiten Teilen faschistische AfD trägt ihn bis ins Parlament. Wir müssen analysieren, was in unserer Gesellschaft passiert und wirksam auf diese negativen Entwicklungen reagieren. Vor welchen Aufgaben wir stehen, kann in diesem Format nur skizziert werden. Im Zentrum sollten diejenigen stehen, für die DIE LINKE und ihre Vorgängerinnen gegründet wurden: Die dort unten, die Erwerbslosen, die Arbeiter\*innen, nach der Agenda 2010 ergänzt durch Scheinselbstständige, Leiharbeiter\*innen, Ein-Euro-Jobber\*innen.

Die linken Erfolge und der gesellschaftliche Fortschritt in den vergangenen Jahren haben für viele von ihnen keine Verbesserung gebracht, sondern das Gefühl verstärkt, ausgegrenzt zu werden. Zum Verständnis

ihrer Situation möchte ich auf zwei Publikationen hinweisen. Der Publizist Robert Misik bringt die Lage auf den Punkt, wenn er schreibt: »Die traditionellen Milieus haben das Gefühl, die Angehörigen der urbanen kosmopolitischen Gruppen blickten auf sie und ihren Lebensstil herab. Zur ökonomischen Verunsicherung kommt eine soziale Verunsicherung, der Status ist in doppelter Hinsicht bedroht.« Der Soziologe Andreas Reckwitz stellt eine »Kulturalisierung der Ungleichheit« fest, wonach der Lebensstil der neuen Mittelklasse gesellschaftlich als »wertvolle Lebensform« wahrgenommen würde, die Lebensform der neuen Unterklasse hingegen als »wertlos und defizitär« – und zwar auch in ihrer Selbstwahrnehmung.

Für die Arbeit der LINKEN, für die Definition unserer Handlungsfelder und unsere Kommunikation halte ich diese Analysen für grundlegend. Sie beschreiben die Lücke, die wir zu lange nicht erkannt haben und unsere Aufgabe in der Zukunft: Uns wieder um sie zu kümmern. Und sie zeigen, dass wir diese Aufgabe nicht auf andere abschieben können, auch nicht auf Bewegungen wie »Fridays for Future«, die wichtig und unterstützenswert sind, aber keine Lösung für unsere Klientel. Wir müssen denjenigen, die von allen anderen im Stich gelassen werden, zeigen, dass es in unserer Politik um sie geht.

Jan Korte ist erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKEN. Ende Januar erscheint zum Thema sein Buch »Die Verantwortung der Linken« im Verbrecher Verlag.

## Herausforderungen der LINKEN aus sächsischer Sicht

VON STEFAN HARTMANN

Der Parteitag der sächsischen LINKEN im November stand ganz im Zeichen der drei Wahlniederlagen des Jahres 2019 bei den Europa-, den Kommunal- und den Landtagswahlen. Unser Landesverband steht nicht nur mit diesen Ergebnissen, sondern einer damit eng verbundenen Reihe organisationspolitischer Probleme vor einigen strategischen Fragen.

Unsere Verwurzelung auf der kommunal(politischen) Ebene schwindet, es zeigen sich weiße Flecken, die Altersstruktur unserer Räte in Kreisen, Städten und Gemeinden ist durch einen signifikanten Mangel an jüngeren Menschen geprägt. Zwei Drittel unserer schrumpfenden Mitgliedschaft ist im Rentenalter, besonders im Raum außerhalb der drei Großstädte verlieren wir zunehmend unsere Stärke, die in der engen Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen bestand.

Diese Probleme haben erhebliche Auswirkungen. In den 1990er Jahren hatte die PDS etwas für eine linke Partei in Deutschland eher Ungewöhnliches geschafft: Sie wandelte sich von einer Organisation, die in ihren Beschlüssen (vermeintlich) Wahres und Notwendiges feststellte und verkündete, zu einem anderen Typ von Partei. Die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer konkreten Widersprüchlichkeit wurde zur Grundlage ihrer Politik. Ein Beispiel: Es war

So geht es weiter

10. Januar 2020  
Einsendeschluss  
Debattenbeiträge

18. Januar  
Regionalkonferenz  
Mecklenburg-  
Vorpommern  
(Güstrow)

19. Januar  
Regionalkonferenz  
Baden-Württemberg  
(Ulm)

Ende Januar  
Veröffentlichung  
des Kongress-  
readers mit  
Positionspapieren



Foto: Martin Heinlein

nicht das Ergebnis großdenkerischer Analyse, die Frage von Kleingärten, Garagen oder Kleinkläranlagen zu einem typischen Profilierungsfeld von PDS-Politik zu machen, sondern es resultierte aus unserer gesellschaftlichen Verankerung. Unsere Kompetenz als Vertreterin ostdeutscher Interessen entsprang nicht einem »Großen Plan Ost«, sondern konkreter Interessenvertretung.

Schon bei der Europawahl war das etwas anders. Mit der aus vor allem innerparteilichen taktischen Erwägungen erarbeiteten Strategie des »Dritten Pols« (die dann im Übrigen auch nur halbgar realisiert wurde) standen wir außerhalb der entscheidenden Debattenlinie. Möglicherweise haben wir ja damit auch in irgendeinem theoretischen Paralleluniversum recht – es interessiert allerdings auch nur dort. Auf dem gesellschaftlich extrem intensiv dis-

#### INFO

Debattenbeiträge zur Anmeldung zur Konferenz: [strategiedebatte.die-linke.de](http://strategiedebatte.die-linke.de)

kutierten Feld der Migrationspolitik konnten wir mit einer klaren Haltung glänzen. Von den Wähler\*innen wurde sehr deutlich wahrgenommen, dass die politischen Auseinandersetzungen in der LINKEN eindeutig entschieden wurden. Das hat uns geholfen, Menschen mit einer ebenso klaren Haltung von uns zu überzeugen. Interessenpolitik war dies jedoch leider noch nicht – der Weg zurück dahin ist unsere wichtigste strategische Aufgabe.

Stefan Hartmann ist Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen

## Den sozialistischen Kurs halten!

VON BETTINA GUTPERL

Wir leben in stürmischen Zeiten. Daher brauchen wir eine Partei, die Welten reiten kann. Die sich von einem autoritärer werdenden Kapitalismus und von einer (wieder)erstarkenden Rechten weder herunterziehen noch treiben lässt. Die sich vor der drohenden Kulisse nicht selbst zerreißt, sondern mit Luxemburg allem zum Trotz ruft: »Ich lebe am fröhlichsten im Sturm!«

Es kommt darauf an, nicht »nur« Fragen zu beantworten, sondern auch Kräfteverhältnisse und uns selbst zu verändern. Um einen sozialistischen Kurs zu halten, brauchen wir Koordinaten.

Die LINKE muss organisierend wir-



ken: Mit einer starken Basis, die neue Mitglieder einbindet, ihre Ideen ernst nimmt und mit ihnen umsetzt. Partei vor Ort zu verankern und Strukturen auf allen Ebenen zu schaffen, ist zentral. DIE LINKE soll ein Ort sein, an dem Politik von allen gemacht wird, nicht nur von »Spezialist\*innen« oder Stellvertreter\*innen, die keine Ahnung von unseren Lebensverhältnissen haben. Unser Mitmach-Angebot darf sich nicht im »Sitzungssozialismus« erschöpfen.

Die LINKE muss sich und andere bilden: (Hoch)Schule besteht nur noch aus Auswendiglernen und Wiederkäuen. Lernen für eine bessere Welt steht nicht auf dem Stundenplan. Statt für Frieden und ökologische Alternativen wird für Rüstung und SUVs geforscht. Mit der Weitergabe und Erneuerung marxistischer Analyse können wir die Welt erklären, um sie zu verändern. Die Partei muss organische Intellektuelle ausbilden, angefangen bei solid und SDS. Diese sollen organisieren und Erfahrungen von Menschen mit politischen Ideen verbinden.

DIE LINKE muss das strategische Zentrum von Veränderung sein: sie muss auf Revolutionäre Realpolitik orientieren. Greifbar sein, Verbesserungen im Hier und Jetzt durchsetzen, mit denen wir Terrain gewinnen, um Siege zu erringen auf dem Weg zum Sozialismus. Es reicht nicht aus, in Regierungen zu sitzen. Es braucht die Mehrheit der Bevölkerung hinter einem linken Projekt und Druck der Bewegung und Gewerkschaft.

DIE LINKE muss Klasse verbinden und Bündnisse schmieden: Eine gesplante Arbeiter\*innenklasse ist Normalzustand im Kapitalismus. Aufgabe der LINKEN ist es, diese Spaltung(en), die nur den Herrschenden nutzen, zu benennen, um sie zu überwinden. Wir stehen auf den Schultern von historischen Bewegungen, die wir in der LINKEN versuchen zu einigen.

Die Trennung von materiellen und identitätspolitischen Forderungen

und Praxen muss aufgehoben werden, denn wir geben uns nicht mit Brotkrumen zufrieden, wir bestehen auf Brot UND Rosen – dem guten Leben für die Vielen.

Bettina Gutperl ist Geschäftsführerin des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS und Mitglied des Parteivorstandes

## Räume gesellschaftlicher Veränderung

VON KATINA SCHUBERT

In unserer Gesellschaft zeichnen sich gegenläufige Entwicklungen ab. Die Auseinandersetzung um den Zuzug geflüchteter Menschen hat dazu geführt, dass der Takt von rechts vorgegeben wird und die Union und Teile der SPD versuchen, den Rechtspopulisten durch vorauseilenden Gehorsam und migrationsfeindliche Politik zuvor zu kommen. Eine Strategie, die nachweislich dazu führt, dass die AfD als Partei und die hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Kräfte gestärkt werden. Auf der anderen Seite steht gesellschaftlicher Aufbruch von progressiven, von linken Leuten, jungen Menschen, Mieter\*innen, Beschäftigten, Migrant\*innen und vielen mehr. Sie eröffnen Räume, in denen in den letzten Jahrzehnten kaum Denkbare jetzt politisch umsetzbar wird.

Beispiel Mietendeckel: Er stellt einen tiefen Eingriff in die Verwertungslogik der Immobilienunternehmen dar, beschränkt ihr Eigentumsrecht im Interesse der Berliner Mieter\*innen. Möglich wurde er, weil sich Bewegung und institutionelle Politik in Gestalt unserer Partei und der rot-rot-grünen Landesregierung in einen dynamischen Prozess der Gesellschaftsveränderung begeben haben. Die großen Demos, das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co. ent-

eigen«, in denen wir als Partei Teil sind, haben die institutionelle Politik massiv unter Druck gesetzt. In diesem Zusammenspiel ergeben sich solche Räume gesellschaftlicher Veränderung. Berlin wird ein Vergabegesetz bekommen, das die Tariftreue der Unternehmen für öffentliche Aufträge vorschreibt und den Vergabe- und Landesmindestlohn auf 12,50 Euro anhebt. Auch das ist ein Beispiel vom Wechselspiel institutioneller Politik und in diesem Fall gewerkschaftlichem Druck.

Die Frage heißt also nicht Bewegung oder Regierung. Die strategische Herausforderung heißt für uns: Aus der Bewegung heraus linke Mehrheiten organisieren und dabei immer weiter auf die Wechselwirkungen von Bewegung und Institutionen setzen und mit ihnen arbeiten. Wir dürfen als Partei Politik nicht an Parlamente und Regierungen delegieren. Das ist ein anstrengendes Unterfangen, weil Veränderungsprozesse immer auch Gegenstand politischer Aushandlung und Kompromissbildung zwischen verschiedenen Akteur\*innen und ihren Interessen sind.

Anderes Beispiel: Wir werden die Klimakrise nicht durch individuelle Verzichtversprechen in den Griff bekommen, sondern durch tiefe Eingriffe in kapitalistische Produktionsweisen, die Stärkung öffentlicher Infrastruktur und sozialen Ausgleich. Klimagerechte Mobilität, Energieerzeugungen oder Gebäudesanierungen dürfen nicht zu sozialem Ausschluss führen, im Gegenteil. Auch hier wird Politik zu wenig bewerkstelligen, wenn die Bewegung den Druck nicht aufrechterhält und konkret umsetzbare Konzepte einfordert.

Das auf Bundesebene hinzubekommen, wird ein langer Weg von Widersprüchen, Erfolgen und Rückschritten. Darunter wird gesellschaftlicher Fortschritt nicht zu haben sein.

Katrina Schubert ist Landesvorsitzende der LINKEN Berlin

# Haustürwahlkampf Hamburg

**A**m 23. Februar 2020 finden in Hamburg die Bürgerschaftswahlen statt. Die Genoss\*innen stehen in den Startlöchern, um das solidarische Hamburg von morgen zu erkämpfen: sozial gerecht, echt demokratisch und ökologisch. Wer Lust und Interesse hat, den hohen Norden zu besuchen, an Hamburger Haustüren zu klopfen und damit DIE LINKE. Hamburg im Wahlkampf zu unterstützen, ist herzlich eingeladen!

**Am 23. Februar:  
Wahlen zur  
Hamburgischen  
Bürgerschaft**



Unter <https://www.die-linke.de/wahlkampf-hamburg/> könnt ihr euch anmelden, um über Wahlkämpfe, Aktionsschwerpunkte und konkrete Aktivitäten informiert zu werden oder euch direkt für Wahlkampfaktionen einzutragen.

## Newsletter abonnieren und nichts mehr verpassen!

Du möchtest immer auf dem neuesten Stand der LINKEN sein? Du möchtest keine Kampagne mehr verpassen, immer wissen über welche Themen wir gerade auf Bundes- und Landesebene diskutieren oder welche Aktionen bald anstehen? Dann abonniere unseren wöchentlichen Newsletter!

Er ist der elektronische Mitgliederrundbrief der LINKEN und wird von einer mehrköpfigen Redaktionsgruppe jede Woche für Euch erstellt.

<https://www.die-linke.de/start/newsletter/>

## Telegram

Du möchtest aktuelle Infos von uns direkt auf Dein Smartphone erhalten? Nichts leichter als das, melde Dich einfach für unseren Messenger-Dienst bei Telegram an: [t.me/die\\_linke](https://t.me/die_linke)

Du hast den Telegram-Messenger nicht auf Deinem Smartphone? Dann schau mal hier: [telegram.org](https://telegram.org)

# Wahlerfolg im Norden

**BJÖRN THOROE** hat in Kiel für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert und 9,1 Prozent geholt. Im Interview erzählt er, wie er das gemacht hat

## Erstmal herzlichen Glückwunsch zum guten Ergebnis. Nicht alle kennen sich im Norden aus – erzähl mal, wie ist die Situation in Kiel?

Kiel ist, zumindest in Westdeutschland, die am stärksten sozial polarisierte Stadt. Das heißt, wir haben Stadtteile, wo sehr viele Menschen mit wenig Geld wohnen und Stadtteile, in denen Menschen mit sehr viel Geld wohnen. Was in Kiel auf jeden Fall eine Rolle spielt, ist Wohnungspolitik. Hier, wie in vielen anderen Städten auch, sind die Mieten stark gestiegen in der letzten Zeit, Vonovia hat sehr viele Wohnungen gekauft. Das war auch ein Schwerpunkt unseres Wahlkampfes, wir haben zum Beispiel gefordert, dass Vonovia in ärmeren Stadtteilen nicht einfach modernisieren darf, sondern eine Genehmigung braucht und wir wollten eine Kieler Wohnungsbaugesellschaft auf den Weg bringen. Und dass bei Neubauten mindestens 50 Prozent Sozialwohnungen sind. Was in Kiel noch eine große Rolle spielt, ist Verkehrspolitik. Es geht zum einen um den Neubau einer Straßenbahn. Zum anderen ha-

ben wir ein echtes Ein-Euro-Tagesticket gefordert, weil der Nahverkehr sehr teuer ist. Langfristig wollen wir einen kostenfreien ÖPNV. Dazu kommt: In den vergangenen Jahren wurden Schwerpunkte auf Großprojekte gelegt. Der nun wiedergewählte Oberbürgermeister ist gleichzeitig noch Wirtschaftsdezernent, das merkt man an seinem Agieren. Er hat zum Beispiel in der Innenstadt einen riesengroßen Kanal graben lassen, aber keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um Schulen zu sanieren. Also unsere drei großen Themenschwerpunkte waren: Bezahlbarer Wohnraum, Klimanotstand und Verkehrspolitik plus unsinnige Prestige-Projekte, die nur den oberen zehn Prozent etwas bringen.

## Wie habt ihr die Leute angesprochen?

Wir haben viel mehr als sonst über Social Media gearbeitet. Ein Drittel unseres Etats ist in Werbung auf Facebook und Instagram geflossen. Wir hatten am Ende eine Reichweite von über 40.000, so viele Flyer kann man gar nicht verteilen. Und es hat natürlich den großen Vorteil, dass es zielgerichtet ist. Wir



Grafiken: DIE LINKE. Kiel

hatten uns verschiedene Zielgruppen eingerichtet: Menschen in den ärmeren Stadtteilen haben wir mit dem Thema Wohnungspolitik bespielt. In den studentischen Stadtteilen haben wir Klimanotstand und Verkehrswende gespielt. Auch mit durchaus radikalen Themen. Wir haben gesagt, wir wollen die Parkplätze verringern, wir wollen alle vierspurigen Straßen zweispurig machen und Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen den Raum zurückgeben.

## Und im Offline-Wahlkampf?

Wir haben über 4.000 Aufkleber gedruckt, die sind dann in der Stadt verklebt worden. Und wir hatten noch Plakate, 200 Standorte, was nicht so richtig viel ist in Kiel, aber gereicht hat, um flächendeckend sichtbar zu sein in der Stadt. Und dann haben wir noch ungefähr 15.000 Flyer verteilt. Haustürwahlkampf haben wir nur in Gaarden gemacht, wo wir auch unser bestes Ergebnis hatten, ansonsten haben wir eher Infostände gemacht. Zum Beispiel direkt an der Uni, aber auch zu verschiedenen Zeiten in der Innenstadt, in Gaarden und Mettenhof. Damit haben wir viele Leute angesprochen.

## Was war wichtiger, Social Media oder direkte Ansprache?

Beides war wichtig. Nur so konnten wir die verschiedenen Zielgruppen erreichen. Also einmal die Menschen in prekären Lagen über das Wohnungsthema, aber auch das studentisch-grüne Milieu.



Und wenn man ein gutes Ergebnis bekommen will, muss man die auch beide ansprechen. Das funktioniert auch. Ich würde aber auch sagen, dass Social Media ausschlaggebend war.

### **Wie seid ihr mit euren Themen durchgedrungen?**

Wohnen geht eigentlich alle an. Für alle ist es ein Problem, wenn die Mieten steigen. Bei anderen Themen ist es kritischer – nicht jedem gefällt, dass Parkplätze wegfallen, Aufmerksamkeit bringt es trotzdem. Wir hatten 14 Podiumsdiskussionen in der Stadt, mit allen vier Kandidat\*innen. Und da merkte man schon, dass unsere Themen die Themen waren, über die die Leute geredet haben. Besonders Wohnen und Verkehr, die Schwerpunkte haben wir gut gewählt. Das größte Podium war von den Kieler Nachrichten mit 600 Leuten im Audimax, aber auch kleinere, mit 20 Leuten. Wir waren bei der IHK, bei der »Digitalen Woche«, beim jungen

### **Björn Thoroë**

Björn Thoroë ist Landesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE in Schleswig-Holstein und Mitglied im Kieler Bündnis für bezahlbaren Wohnraum. Bei der Oberbürgermeisterwahl in Kiel erreichte er im Stadtteil Gaarden, wo vorwiegend Menschen mit geringem Einkommen leben, 23,9 Prozent und im Stadtteil Mitte, wo studentisch-grünes Milieu zu Hause ist, 13,1 Prozent. Insgesamt wurde DIE LINKE mit 9,1 Prozent drittstärkste Kraft in der Landeshauptstadt.

**Rassismus  
konsequent  
bekämpfen!**

**BJÖRN  
THOROË**

KIEL AB JETZT  
BESSER MACHEN!



Rat, beim Bündnis für bezahlbaren Wohnraum. Das war natürlich gut. Dazu muss man sagen, wir machen in dem Bündnis schon sehr lange mit, das heißt, wir waren auch glaubwürdig bei dem Thema.

### **Das heißt, die Verankerung spielt da auch eine Rolle?**

Ja, das glaube ich schon. Ich mache seit 20 Jahren linke Politik, auch außerhalb der Partei, da lernt man mit der Zeit viele Leute kennen. Und, das haben wir im Vorwahlkampf gemacht: Wir waren bei verschiedenen Verbänden, Vereinen und Initiativen, das hat mir auch nochmal neue Infos für meine Arbeit im Rat gebracht. Ich war bei der GEW, Umweltverbänden, im Betriebsrat vom städtischen Krankenhaus, im Frauenhaus und bei der türkischen Gemeinde, beim AStA, bei HAKI, das ist eine schwul-lesbische Interessenvertretung, bei der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft, bei ver.di, bei der alevitischen Gemeinde und hab mich da vorgestellt. Damit erreicht man zwar keine Massen, aber man bekommt gute Ideen für den Wahlkampf und da kommt man nochmal ganz anders ins Gespräch.

### **Und du bist da offensiv aufgetreten?**

In meinem Flyer habe ich ganz klar geschrieben, dass ich Sozialist und Antifaschist aus ganzem Herzen bin. Wir haben uns da nicht versteckt, die Leute wussten schon, worauf sie sich einlassen.

### **Das heißt, es lohnt sich, ein bisschen mutiger zu sein...**

Ich war überrascht. Der CDU-Kandidat hat versucht, die Autolobby hinter sich zu versammeln. Und selbst auf Stadtteil-Podien außerhalb, wo viele Leute garantiert ein Auto besitzen, ist er damit nicht sonderlich gut angekommen. Das fand ich wirklich interessant. Weil das ja zeigt, selbst wenn die Leute ein Auto haben, wissen sie, dass das keine Lösung für die Zukunft ist. Also ja, da kann man wirklich ein bisschen mutiger sein.

### **Wovon könnten andere LINKE Kandidat\*innen lernen?**

Es gibt da so einen konstruierten Konflikt in der Partei: Man müsse sich zwischen den Zielgruppen »Hipster-Großstadtmilieu« und »ärmeren Menschen« entscheiden. Man kann beide ansprechen! Auf jeden Fall Social Media nutzen, Verankerung in Bündnissen und irgendein Element, was auffällt und aneckt, so wie die Aufkleber. Präsenz vor Ort zeigen. Das kommt dann alles zusammen.

### **Wie geht es für euch weiter?**

Wir nehmen die Anregungen aus den Gesprächen mit für Anträge für unsere Ratsarbeit. Wir haben gezeigt, dass wir eine eigenständige politische Kraft sind, mit der man rechnen kann. Jedes halbe Jahr machen wir eine kommunalpolitische Konferenz auf Landesebene, das heißt, wir versuchen schon, uns von unten zu verankern, damit wir 2022 wieder in den Landtag kommen.

Interview: Nina Rink



Foto: T. Marotzke



Foto: Janis Wisliceny

■ WUSTERMARK

## Sozialer Wohnraum fehlt nicht nur in den Städten

VON TOBIAS BANK

Die Bundeshauptstadt vor der Tür und überall Grün. So könnte die brandenburgische Gemeinde Wustermark beschrieben werden. Entsprechend groß ist der Zuzugsdruck aus Berlin und die Investoren stehen Schlange. Einfamilienhäuser schießen auf immer kleineren Grundstücken wie Pilze aus dem Boden. Die Verdichtung nimmt extremere Auswüchse an. In der Wohnraumpolitik der Gemeindeverwaltung haben Wörter wie »sozialer Wohnungsbau«, »kommunaler Wohnraum« oder »Mietgeschosswohnungsbau« kein Gewicht. Unternehmen wie Vonovia und Deutsche Wohnen (DW) sicherten sich schon vor Jahren Filetgrundstücke oder kauften ganze Sied-

lungsteile auf. Schleichend sind in den vergangenen vier Jahren 90 Prozent der Sozialwohnungen aus der Belegungsbindung gefallen. Bei Neuvermietung liegen die Preise auf Berliner Niveau. Laut einem Gutachten, welches auf Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung 2019 erstellt wurde, hätten 25 Prozent der Menschen vor Ort einen Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum. Am Rande einer Veranstaltung im Mai 2019, auf der DIE LINKE über den Verkauf eines Siedlungsteils an die DW die ahnungslosen Mieter\*innen informierte, gründete sich eine Mieterinitiative. Auf Anhieb kamen über 100 Unterstützer\*innen zusammen, die in mehreren Flugblattaktionen und Zeitungsberichten auf den fehlenden sozialen Wohnraum und den Ausverkauf an die DW aufmerksam machten, das Fernsehen nach Wustermark holten und Unterschriften sammelten. Der öffentliche Druck zeigt Wirkung: Während in den vergangenen Jahren alle Initiativen der LINKEN für sozialen und bezahlbaren Wohnraum man-

gels Mehrheiten scheiterten, wurden plötzlich Anträge der LINKEN zu Erhaltungssatzungen und der Kappungsgrenze angenommen. Aktuell unterstützen die Genoss\*innen die Mieterinitiative bei einer Petition für sozialen Wohnraum. Die Petition kann noch bis zum 28. Dezember 2019 unter [gleft.de/3e0](http://gleft.de/3e0) im Internet unterschrieben werden.

Tobias Bank ist Mitglied der Gemeindevertretung Wustermark

■ LÜNEBURG

## Vernetzung und Kooperation

VOM KREISVERBAND LÜNEBURG

Welche Probleme sehen wir in der Wohnungsfrage und was kann dagegen wie getan werden? Diese Frage war der Ausgangspunkt der Überlegungen des Kreisverbandes. So hat-





Foto: Harald Singler

te sich auch die Situation in Lüneburg verschärft, wie sich in Recherchen, Gesprächen und Anfragen herausstellte. Wir entwarfen im Kreisverband ein Wohnkonzept, das Ursachen, Probleme und Lösungsansätze für Lüneburg formulierte und mit den Mitgliedern beraten und verabschiedet wurde. Anschließend stellten wir es der Öffentlichkeit vor.

Die Frage nach Handlungsmöglichkeiten ist auch eine des Politikverständnisses. Wir wollten keine Stellvertreterpolitik, in der wir für andere die Probleme lösen. Stattdessen war der Anspruch, auf Augenhöhe mit Betroffenen gemeinsam ihre politische Selbstermächtigung zu organisieren. Sie sollten durch praktische Erfahrungen Fähigkeiten entwickeln, um selbstständig für ihre Interessen eintreten zu können. Das strategische Ziel hierbei: die kurz- bis mittelfristige Verbesserung der Lage Betroffener. Dies soll durch gemeinsame soziale Kämpfe erreicht werden, die Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage stellen. Wich-

tig ist anfangs nicht die politische Maximalforderung, sondern überhaupt gemeinsam den Kampf aufzunehmen. So können Diskurse gesetzt und durch außerparlamentarischen Druck Einfluss auf die parlamentarische Arbeit genommen werden. Die Berliner Enteignungsdebatte rund um »Deutsche Wohnen« ist ein gutes Beispiel hierfür, sie hat den Mietendeckel erst möglich gemacht.

Von diesem Verständnis aus gründeten wir mit Betroffenen eine Mieter\*inneninitiative. Wir unterstützen diese organisatorisch und inhaltlich, sie bleibt jedoch politisch selbstständig. Entscheidend ist die Vernetzung der Initiative mit vorhandenen Akteuren, um für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeiten zu können. In Lüneburg gründete sich durch Vernetzung und Kooperation das »Netzwerk Lüneburg Sozial« aus vielfältigen Akteuren. Ziel ist eine Wende der Wohnungspolitik in Lüneburg weg von Renditeorientierung, hin zu Wohnen als Menschenrecht. Das kann den Beginn einer verbindenden Klassenpoli-

tik darstellen, denn die Unterschiede treten hinter den Gemeinsamkeiten der Akteure zurück.

Entscheidend sind dabei der außerparlamentarische Ansatz und die Selbstorganisation Betroffener. Strukturen der Gegenmacht und Öffentlichkeit werden durch Netzwerkarbeit geschaffen. Zudem wird damit erst die Grundlage für wirksame parlamentarische Initiativen bereitet.

■ HAMBURG

## Wahlkampfthema Mietenwahnsinn

VON FLORIAN WILDE

Die seit Jahren dramatisch steigenden Mieten haben Hamburg zu einem Epizentrum des Mietenwahnsinns in Deutschland werden lassen. Gleichzeitig hat sich die Stadt aber auch zu einer Hochburg der Proteste gegen hohe Wohnungskosten und Gentrifizierung entwickelt. Seit 2009 hat ein »Recht auf Stadt«-Netzwerk mehrere Großdemonstrationen mit tausenden Teilnehmer\*innen organisiert und die Mietexplosion immer wieder mit kreativen Aktionen angeprangert. DIE LINKE war von Anfang an Teil dieser Bewegung. Die Proteste haben dazu beigetragen, dass die Wohnungsfrage in Hamburg, aber auch bundesweit, zu einem zentralen Thema der politischen Agenda geworden ist. Es wurden in Hamburg auch ganz konkrete Erfolge erzielt und eine Reihe von Gebäuden der Verwertungslogik entrissen und in genossenschaftliches Eigentum überführt, wie beispielsweise das Gängeviertel. Allerdings konzentrieren sich diese punktuellen Erfolge auf die innerstädtischen Wohngebiete. Eine umfassende Absenkung der Mieten und konkrete Erfolge auch jenseits der Szene-Stadtteile konnte bisher trotz aller Bemühungen nicht



erreicht werden. Gerade DIE LINKE kann bei einer Ausweitung der Bewegung eine wichtige Rolle spielen, verfügt sie doch als fast einzige linke Kraft in Hamburg über Strukturen auch in den Außenvierteln.

Anfang Oktober haben wir unsere Mietenkampagne mit einer Parteitagsaktion gestartet. Entlang der drei Säulen der Bundeskampagne – Mietendeckel, Enteignungen und Sozialwohnungen – wollen wir nun insbesondere während des anstehenden Bürgerschaftswahlkampfes im ganzen Stadtgebiet Aktionen und Kundgebungen gegen den Mietenwahnsinn organisieren. Als Träger der Kampagne bauen wir einen »Offenen Aktionskreis LINKE Mietenkampagne« auf. Er soll mit seinen monatlichen Treffen eine niedrigschwellige und aktionsorientierte Möglichkeit bieten, sich in den Wahlkampf einzubringen, und richtet sich vor allem an Genoss\*innen, die bisher noch nicht den Weg in unsere eigentlichen

Strukturen gefunden haben.

Am 26. Oktober gab es gleich die erste Aktion: In Fuhlsbüttel demonstrierten wir auf Initiative einer lokalen Stadtteilgruppe vom dortigen S-Bahnhof zu einem Haus mit horrenden Mieten. Es kamen 35 Genoss\*innen und Anwohner\*innen – gar nicht wenig für diese demonstrationsarme Gegend. Unterstützt wurden wir von unserem aufblasbaren »Miethai«, der hervorragend als Blickfang funktionierte. Am 16. November forderten wir mit einer Kundgebung in Steilshoop die Enteignung der dortigen Vonovia-Wohnungen und steckten unsere »Vonovia enteignen«-Flyer in die Briefkästen der Häuser des Immobilien-Konzerns. Anlässlich der Vorstellung des neuen Mietenspiegels in der Landespressekonferenz protestierten wir am 26. November vor dem Rathaus gegen den Mietenwahnsinn und forderten die Einführung eines Mietendeckels auch für Hamburg. Dabei sangen wir das selbstgeschriebene

Stück »Wir wolln den Mietendeckel« (auf die Melodie von »Sternehimmel«). Die Aktion fand ein breites Medienecho. Viele weitere Aktionen sind für die nächsten Monate in Planung, darunter eine Kundgebung am 14. Dezember für die Öffnung des Winternotprogramms auch tagsüber für Obdachlose, und am 21. Dezember eine Aktion in Ohlsdorf, bei der Anzugträger in Zelten und Schlafsäcken auf die Wohnungsnot aufmerksam machen.

Wir hoffen, so auf eine organische Weise den Aufbau einer starken Mieterbewegung insbesondere in den Außenvierteln mit dem Aufbau der LINKEN als wichtige Akteurin dieser Bewegung und mit unserem Wahlkampf zu verbinden. Denn aus der Berliner Erfahrung haben wir gelernt: je stärker DIE LINKE, desto eher kommt ein Mietendeckel.

Florian Wilde ist Mieten-Campaigner der LINKEN in Hamburg

Anzeige

## Kritischer Blick, klare Worte, linke Perspektive

Lernen Sie uns kennen:  
**nd.DieWoche + nd.kompakt**

**10**  
**Ausgaben**  
**für 10 Euro**

- 10 Samstage gedruckt frei Haus
- plus das Beste vom Tag online lesen mit nd.kompakt

**Jetzt gleich bestellen!**



**Telefon**  
(030) 2978-1800



**www**  
dasND.de/ZehnfuerZehn



**D**as wünscht man so zum Jahresbeginn. Aber die Zeiten, als das Wünschen noch half, sind vorbei. Das galt nur, solange ein ungefähres Gleichgewicht zwischen dem Guten und dem Bösen auf diesem Erdball bestand. Eine sachliche Debatte, woran man das Gute oder das Böse erkennen kann, hat bis heute nicht stattgefunden. Nach 1990 verkündeten die jeweiligen Herrscher der USA den Endsieg des Turbo-Kapitalismus. Sie nennen sich die stärkste Militärmacht aller Zeiten. Sie nennen alle Staaten, die ihre Wünsche nicht umgehend erfüllen, Schurkenstaaten. Sie senden Ultimaten und Drohnen aus, um Regimewechsel zu erzwingen. Und doch haben immer mehr Regimekritiker den Eindruck, dass die Freiheitsstatue den Arm mit der Fackel sinken lässt und die eigene Haut verbrennt, weil andere Mächte mächtiger werden. Beim Blick auf Peking und Moskau treten in Washington und London immer öfter Fälle von politischer Tollwut auf. Europa mit Berlin und Paris entwickelt sich zur Knautschzone zwischen zwei gewaltigen und gewalttätigen Machtblöcken. Mächtige Bewegungen mit Gelben Westen oder Schultaschen, Streikhelmen und Enteignungsforderungen

zwingen die Staatslenker zu Überstunden und Kompromissen. Deutschland und Frankreich ernten viele Fußtritte von Mister Trump. Aber die hiesigen Minister für Verteidigung, Wirtschaft und Außenpolitik küssen dennoch seine Füße. Deutschland spendiert noch mehr Geld für die NATO. Auch für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Demnächst ziehen 37.000 Soldaten aus 16 Bündnisstaaten und mit schwerem Kriegsgerät zum Manöver vor Putins Haustür. Das wird der dritte Aufmarsch seit 100 Jahren mit deutschen Panzern im Balkan und im Baltikum! Vielleicht stoßen unsere Jungen da noch auf Opas Helm? Er hatte ihn beim Rückzug abgeworfen und geschrien: »Nie wieder!« Hier im Zentrum Berlins wurde wieder so viel geböllert, dass kein böser Geist überleben sollte. Ein grünlicher Gut-Geist hatte gewarnt, dass in der Silvesternacht 15 Prozent des Jahresaufkommens an Feinstaub in die Luft geblasen wird. Aber Deutschland steht ja beim Klimaschutz auf Rang 23, hinter Rumänien. Da kann Berlin kein Luftkurort werden! Hingegen hat unser rot-rot-grüner Senat viel Beifall und einige Buh-Rufe für den Mietendeckel empfangen. Der wird die Kleinverdiener in unserer Mieterstadt vor den Daumenschrau-

ben der Hausbesitzer schützen. Die Spezialisten für Luxusbuden wollen aber erst vor Gericht hören, dass die Väter des Grundgesetzes derlei zum Schutz des Gemeinwohls erlaubt haben. Die Zweifel sind verständlich, weil ja ansonsten in diesem Reich der Reichen alles getan wird, um die Unternehmer bei Laune zu halten. Immerhin rechnen die 30 wichtigsten deutschen Konzerne auch 2019 mit Gewinnen um 25 Prozent. Da werden auch die Stadtvillen und Suiten nicht leer bleiben. Nur die Rentenkassen klagen jetzt schon, dass sich Ebbe anbahnt. Die Bundesbank schlägt deshalb vor, das Rentenalter auf 69 Jahre zu erhöhen. Wer dann noch von Schicht kommt, geht nicht mehr zur Demo. Er streckt sich nach der Decke. Aber vielleicht wird unsere Decke auch bald wieder länger und breiter. Die NATO muss nur erst den Einmarsch der Russen und Chinesen aufhalten und das geht nicht mit Silvester-Böllern! Nun wissen wir auch, warum die Neujahrsreden am Schluss immer flehen: »Gott schütze unser Vaterland!« In der Bibel stehen aber nirgends die Namen Trump, Johnson, Gauland oder Merz.

Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

ALLES  
GUTE?

# Strategische Camouflage

Die AfD nach dem Parteitag – zwischen Rechtskurs und Regierungsverantwortung  
 VON GERD WIEGEL

Zwei Signale gehen vom AfD-Parteitag in Braunschweig aus: Der Rechtskurs der Partei wird auch personell bestätigt und die AfD bringt sich als Regierungsalternative für »bürgerliche« Mehrheiten ins Spiel. Nach den erfolgreichen Wahlen in Ostdeutschland sieht sich die Partei offensichtlich stark genug, die Union auch zu Bündnissen mit einer in weiten Teilen völkischen Partei bewegen zu können. Und tatsächlich mehren sich die Anzeichen für eine Annäherung von Union und AfD in einzelnen Ländern.

## Rechtskurs: Personelle Bestätigung ohne Durchmarsch

Mit der Wahl der Bundessprecher Jörg Meuthen und Tino Chrupalla hat sich die vom bisherigen Vorstand favorisierte Lösung für die Führung der Partei durchgesetzt.

Von Jörg Meuthen stand lange schon fest, dass er erneut für den Posten eines Bundessprechers kandidieren wollte. Trotz seiner Anbiederung an die »Flügel«-Leute und seiner Besuche beim Kyffhäusertreffen wird Meuthen nach wie vor als Gegner der Völkischen in der Partei angesehen. Tatsächlich ist es aber seine marktradikale Haltung in sozialpolitischen Fragen und die Orientierung auf eine Annäherung an die Union, die ihm die Ablehnung dieses Teils der Partei einbringt. So wurde mit der Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst eine eigene Kandidatin des »Flügels« ins Rennen geschickt. Nicht die Abwahl Meuthens, sondern die Verhinderung eines zu guten Ergebnisses für ihn, scheint das Ziel hinter diesem Manöver gewesen zu sein. Der durch zahlreiche antisemitische Äußerungen bekannte Wolfgang Gedeon war der dritte Kandidat für den Posten.

In diesem Bewerberfeld fiel es Meuthen nicht schwer, sich mit ei-



Foto: DIE LINKE Niedersachsen

nem Ergebnis von 69,2 Prozent gegenüber 24,8 Prozent für Nicole Höchst und 3,8 Prozent für Wolfgang Gedeon durchzusetzen. Damit erzielte er, trotz seiner klaren Abgrenzung in der Bewerbungsrede von einer weiteren Rechtsverschiebung der Partei, ein nur unwesentlich schlechteres Ergebnis als vor zwei Jahren. Offensichtlich will der Teil der Partei, der nicht offen in die Strukturen des »Flügels« eingebunden ist, Ruhe, Kontinuität und ein verbal gemäßigtes Auftreten nach außen, für das Meuthen steht, ohne damit den Einfluss der extremen Rechten in der Partei entscheidend einzudämmen.

Mehr Spannung bot die Wahl für den zweiten Sprecherposten. Nach der Ankündigung Alexander Gaulands, nicht mehr für die Parteispitze kandidieren zu wollen, wurde der Bundestagsabgeordnete Tino Chrupalla von Gauland und dem Vorstand als Nachfolger aufgebaut. Mit Gottfried Curio, einem der schlimmsten Hetzer der AfD-Bundestagsfraktion, hatte kurzfristig und völlig überraschend ein rhetorisch geschickter und medial innerhalb der AfD und ihres Umfeldes äußerst präserter Ab-

geordneter seine Kandidatur für den Co-Vorsitz neben Meuthen angekündigt. Als dritte Kandidatin bewarb sich Dina Guth, Landes- und Fraktionsvorsitzende in Niedersachsen. Guth wird eher dem national-liberalen Teil der Partei zugeordnet.

Mit 54,5 Prozent zu 41,2 Prozent konnte sich Chrupalla in einer Stichwahl gegen Curio durchsetzen, womit ganz offensichtlich die von Gauland mit dem »Flügel« und den National-Liberalen getroffenen Absprachen soweit gehalten haben, dass Chrupalla gewählt wurde. Formal ist Chrupalla kein »Flügel«-Mitglied, gilt aber als Vertrauter der wichtigen Anführer dieser Richtung, wie Jörg Urban, Andreas Kalbitz und Björn Höcke.

Der neugewählte Vorstand der Partei dokumentiert den noch einmal gewachsenen Einfluss des völkischen »Flügels«, ohne jedoch einen Durchmarsch dieser Richtung zu markieren. Das zeigt sich nicht nur in der Besetzung von Vorstandsposten mit »Flügel«-Leuten, sondern auch daran, dass Neoliberale wie Alice Weidel in Absprache mit der völkischen Rechten gute Ergebnisse erzielten und damit nun auch von diesem Teil der Par-

tei abhängen. Mit Stephan Brandner, Andreas Kalbitz, Stephan Protschka, Alexander Wolf und Joachim Paul konnte die Parteirechte ihre Leute in den Vorstand schicken. Fast noch wichtiger: Vertreter einer (im Auftreten) eher gemäßigten, konservativ-bürgerlichen Politik, wie der Berliner Landesvorsitzende Georg Pazderski oder die Bundestagsabgeordneten Kay Gottschalk und Roland Hartwig, wurden beim Parteitag – auch ob ihrer kritischen Äußerungen zu Höcke und zum »Flügel« – abgestraft und nicht wieder gewählt.

## Anspruch auf Regierungs- verantwortung

Als Botschaft nach außen sollte vom Parteitag die Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung ausgehen. Gauland, Meuthen und Chrupalla schworen die Delegierten darauf ein, schon bald für eine solche Übernahme von Verantwortung bereit sein zu müssen. Unter welchen Bedingungen die AfD dazu bereit ist, blieb allerdings offen und ist umstritten. Dennoch hat sich hier eine Veränderung der verbalen Positionierung ergeben, denn noch vor zwei Jahren äußerte sich Gauland mehr als skeptisch zum Thema Regierungsverantwortung.

Mit diesen Äußerungen zielt die AfD-Führung auf die Union, die vor allem in den ostdeutschen Bundesländern unter enormen Druck steht. Der Gang in ungeliebte Kenia-Koalitionen wie in Sachsen-Anhalt und jetzt auch in Brandenburg und Sachsen, sorgt in den zumeist konservativ-reaktionären Landesverbänden der Union für eine massive Verstimmung, weil – nach Ansicht der Kritiker – in Bündnissen mit den Grünen das konservative Profil der Union noch weiter verblasse und den Zulauf zur AfD befördere. Angebote

der AfD wie in Thüringen, man würde einen CDU-Kandidaten zum Ministerpräsidenten wählen, sollen diesen Druck in der Union erhöhen.

Am Beispiel Sachsen-Anhalts sieht man, dass die politische Spitze der Landes-CDU nur mit größter Mühe die Debatte um »bürgerliche« Bündnisse mit der AfD im Zaum halten kann. Immer wieder kommt es im Landesverband zu Vorstößen auch prominenterer Vertreter, solche Bündnisse nicht auszuschließen. Auch in Thüringen ließen sich nach der Wahl CDU-Politiker der zweiten und dritten Reihe mit ähnlichen Forderungen vernehmen. Fatal dabei ist, dass hier über mögliche Koalitionen mit der völkisch-radikalsten Ausrichtung der AfD laut nachgedacht und so der von der AfD gewünschte Normalisierungsprozess vorangetrieben wird. Würde das Tor der Zusammenarbeit aber zu diesem Teil der AfD geöffnet, gäbe es gegenüber der Gesamtpartei kein Halten mehr.

Parteistrategisch wäre diese Form der »Normalisierung« der AfD für die CDU fatal – was Söder in Bayern inzwischen begriffen hat. Allerdings ist die AfD dort auch nicht zweitstärkste Kraft oder liegt gar, wie in Brandenburg und Thüringen, vor der CDU.

Für viele einfache CDU-Mitglieder ist es nicht zu verstehen, dass man zu einer Partei, mit der man zahlreiche reaktionäre Überzeugungen teilt, Abstand halten soll, während man mit einer lebensweltlich völlig fremden Partei wie den Grünen Bündnisse eingeht.

Für die AfD bleibt diese Situation so lange bequem, wie es nicht zum Schwur kommt. Inhaltlich ist sie noch nirgends auf Regierungsverantwortung eingestellt und in den Köpfen von Leuten wie Höcke sind weder Kompromisse noch Abhängigkeiten von Partnern vorgesehen. Man werde regieren, wenn man 51 Prozent der Stimmen habe, so ließ sich Höcke vernehmen. Etwas realpolitischere Strategen wie Kalbitz oder Gauland wissen jedoch, dass es so nicht laufen wird. Also wird es für die AfD darum gehen, den Druck auf die Union aufrecht zu erhalten, die eigene Stärke auszubauen und sich inhaltlich breiter aufzustellen. Meuthen und Chrupalla sind für einen solchen Kurs der strategischen Camouflage genau die Richtigen.

Gerd Wiegel ist Referent für Rechts-  
extremismus und Antifaschismus der  
Fraktion DIE LINKE im Bundestag

### 20.000 Menschen protestierten gegen den AfD-Parteitag in Braunschweig

Foto: Marius Angelmann



# Rechte Allianzen

Die Umbrüche in Lateinamerika stellen auch die europäische Linke vor Herausforderungen  
VON HEIKE HÄNSEL

Lateinamerika befindet sich in Aufruhr. Nach dem Linksruck der 1990er Jahre, der für lange ausgegrenzte Teile der Bevölkerung einen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg und gesellschaftliche Gleichberechtigung bedeutete, ist die rechte Oligarchie wieder auf dem Vormarsch. Allerdings nicht aus eigener Kraft. Denn dort, wo die Rechte Erfolg verbucht, haben die USA und die EU einen erheblichen Anteil daran. Seit Jahren arbeiten unter anderem US-Regierungsagenturen, europäische Stiftungen und die rechte EU-Parlamentsmehrheit an einem neoliberalen Rollback. Auch wenn sie dabei Erfolge hatten, zeigen die erstarkenden sozialen Bewegungen in Staaten wie Brasilien, Chile, Kolumbien und Ecuador, dass die Geschichte an dieser Stelle nicht endet.

Deutlich wie selten wurde die »Regime-Change-Agenda« in Venezuela im Februar 2019. Nachdem sich der bis dahin weitgehend unbekannte Oppositionspolitiker Juan Guaidó selbst zum Interimspräsidenten ernannt hatte, dauerte es nicht lange, bis ihn die USA und ein Großteil der EU-Mitgliedsstaaten anerkannten. Schon nach dem versuchten Staatsstreich gegen Hugo Chávez 2002 hatten die damaligen Rechtsregierungen in den USA und Spanien das Putschregime umgehend anerkannt. Als Putschpräsident Pedro Carmona geflohen war, fand man seine selbstmitgebrachte Präsidentenschärpe mit dem Herkunftshinweis: »Made in Spain«.

Angriffe dieser Art auf progressive Regierungen, die sich gegen die US-Politik stellen und neokoloniale Ausbeutungsmechanismen zugunsten der Bevölkerungsmehrheit in ihren Staaten verändern wollen, sind professioneller geworden. Das zeigt die konzertierte Aktion gegen Venezuela heute. Dabei schert es die Bundesregierung nicht, dass neben der LINKEN auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags den völkerrechtswidrigen Charakter der Anerkennung Guaidós

und der Sanktionen betonte.

In Bolivien dauerte es nicht lange, bis die Bundesregierung und die EU die ebenfalls selbsternannte Interimspräsidentin anerkannten. Dass die Begründung des Putsches, ein angeblicher Wahlbetrug durch die Regierung von Evo Morales bislang nicht belegt werden konnte, übergehen die Unterstützer eines Regime-Change. Ebenso wie die Dutzenden Toten und mindestens zwei Massaker seit der Machtergreifung des De-facto-Regimes. Akzeptiert wird in Berlin, Brüssel und Washington auch, dass viele außenpolitische Maßnahmen der De-facto-Regierung in Bolivien durch kein demokratisches Mandat gedeckt sind.

Ist der Kampf also verloren? Mitnichten! Denn zugleich sehen wir in den vergangenen Monaten und Jahren, dass sich die Oligarchien als historische Alliierte der imperialen Zentren nur noch mit zunehmender Gewalt an der Macht halten können. In Chile begehrt die Bevölkerung in einer Massivität gegen die neoliberale Politik von Sebastián Piñera auf, dass viele bereits von einer revolutionären Situation sprechen. Piñera selbst sinkt in den Umfragewerten und wird als unbeliebtester Präsident des Landes in die Geschichte eingehen.

Der Leidensdruck in Chile ist so groß, dass ein Großteil der Bevölkerung die verinnerlichte Unterdrückung aus Zeiten der Pinochet-Diktatur abgestreift hat und aufbegehrt. Kein Wunder – 14 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, 50 Prozent mit einem Haushaltseinkommen von umgerechnet 400 Euro monatlich. Die dritte Fahrpreiserhöhung war Auslöser für Hunderttausende, auf die Strasse zu gehen. Der Widerstand wird mit kreativer Macht geführt, mit tausenden Gitarren, gemalten Augen auf öffentlichen Plätzen, mit Schlagen leerer Töpfe in der Metro und einem Protest-Tanz von Frauen gegen sexualisierte Gewalt, der mittlerweile auch hier angekommen ist.

Die Staatsmacht schlägt brutal zurück: Mehr als 350 Demonstrant\*innen haben durch Geschosse der Polizei ihr Augenlicht ganz oder teilweise eingebüßt, Frauen wurden in Haft sexuell missbraucht, tausende wurden verletzt, hunderte willkürlich festgenommen. Nicht nur das erinnert an die Pinochet-Diktatur: Panzer rollten wieder auf den Straßen Santiagos. Als die Menschen auf die Plaza Italia strömten, flog die Luftwaffe mit »Puma«-Kampfhubschraubern im Tiefflug über sie hinweg. Diese Helikopter sind den Chilenen noch in schlimmer Erinnerung. Während der Diktatur dienten sie den »Todesflügen«: Politische Gefangene wurden damit auf das offene Meer geflogen und gefesselt, tot oder halbtot von Bord geworfen. Trotzdem gehen die Massenproteste weiter. Mittlerweile geht es längst um mehr als die Fahrpreiserhöhungen, die aus Zeiten Pinochets stammende Verfassung soll neu geschrieben werden.

## Keine Strohfeuer

Massiver Widerstand formiert sich auch in Kolumbien. Auch hier sind es zahlreiche Missstände, die dazu führten, dass sich Millionen an einem Generalstreik beteiligten: die schlechten Sozialsysteme, die Pläne zur Privatisierung des Rentensystems, immer mehr Erwerbstätige, die unter Mindestlohn verdienen. Neu ist, dass soziale Forderungen und die Proteste gegen die Gewalt paramilitärischer Banden auf dem Land, das von der Regierung sabotierte Friedensabkommen mit der ehemaligen FARC-Guerilla und der Unwille Iván Duques, mit der ELN-Guerilla zu verhandeln, zusammen kommen. Mehr als 800 ermordete Anführer\*innen sozialer Bewegungen, indigener und afrokolumbianischer Gemeinden seit Abschluss des Friedensabkommens, treibt die Menschen gemeinsam auf die Straßen.

Die Proteste in Chile und Kolumbien sind keine Strohfeuer. Sie deu-



Foto: Francisco Osario

ten auf den wachsenden Druck für grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen in diesen Staaten hin. Das Bewusstsein dafür ist auch ein Resultat der existierenden und der gestürzten linken Projekte der vergangenen Jahre und der von ihnen angestoßenen Diskussionen. Nicht ohne Grund ist das Forum von São Paulo, der 1990 von Lula da Silva und Fidel Castro gegründete Zusammenschluss linker Parteien und Organisationen, das Hassobjekt der lateinamerikanischen Rechten schlechthin. Nicht ohne Grund hat der ehemalige US-Sicherheitsberater John Bolton eine Reaktivierung der Monroe-Doktrin angekündigt und der US-Außenminister Mike Pompeo den rechten Alliierten südlich des Rio Grande militärische »Hilfe« beim Vorgehen gegen soziale Bewegungen angeboten.

Was bedeutet das für uns? Die eu-

ropäische Linke muss sich angesichts des massiven Machtkampfes in Lateinamerika auf die Tradition einer internationalistischen Politik besinnen. Das heißt, soziale Kämpfe unterstützen und auch hier in Europa verstärken, zum Beispiel durch den Widerstand gegen die neoliberale EU-Interventionspolitik in Lateinamerika, gegen das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen und das Abkommen mit Mexiko, gegen das »Weiterso« der EU mit einer neofaschistischen Regierung in Brasilien. Und sie muss Putsch und Putschversuche klar verurteilen, ohne Wenn und Aber. Wenn angesichts des Putsches in Bolivien heute in vermeintlichen Solidaritätserklärungen und Analysen zuerst die Fehler der Morales-Regierung betont werden; wenn progressive Regierungen in Lateinamerika, die, anders als die europäische Linke, das Fukuyama'sche Ende der Geschichte nachhaltig über-

wunden haben, im Nebensatz abgeurteilt werden; wenn die sozial- und bildungspolitischen Erfolge in Bolivien, Ecuador oder Kuba kleingeredet werden; wenn in Verkennung wirtschaftlicher und handelspolitischer Mechanismen auch rechten, neoliberalen Führungen Armutsbekämpfung attestiert wird oder die brutale Sanktionspolitik der USA beim Blick auf die Krise in Venezuela oder die Lage in Kuba gar nicht mehr vorkommt, dann ist im politischen Koordinatensystem etwas durcheinandergeraten. Die Fehler linker Regierungen müssen aufgearbeitet werden, aber gemeinsam mit den linken Parteien Lateinamerikas. Anders gesagt: Die vornehmste Pflicht angesichts der heftiger werdenden gesellschaftlichen Kämpfe in Lateinamerika liegt darin, den eigenen Eurozentrismus zu überwinden und den mitunter verloren gegangenen Antimperialismus wiederzuentdecken.

# Deutsche Komplizenschaft

Deutschland darf nicht zum Handlager eines Kriegsverbrechers in Rojava werden.

VON HELIN EVRIM SOMMER

Es wird Bilder von Leichenbergen geben«, befürchtete ich bereits Anfang Januar 2019 in einem Beitrag für eine Tageszeitung, als US-Präsident Trump wieder einmal kopflos damit drohte, die US-Truppen aus Rojava abzuziehen und dem Kurdenhasser Erdogan und seinen islamistischen Mörderbanden freie Schussbahn auf Nordsyrien zu gewähren. Trumps impulsive Drohung konnte nur kurzzeitig ausgebremst werden. Die US-Regierung räumte im Herbst den Weg für eine türkische Militäroffensive frei. Mit Beginn des türkischen Angriffskrieges am 9. Oktober wurden meine Befürchtungen zur blutigen Realität.

## Schreckensbilder

Seither führen Schreckensbilder aus Rojava das schmutzige Gesicht des türkischen Staates und seiner dschihadistischen Söldnertruppen der Weltöffentlichkeit vor Augen. Das UNHCR berichtet allein bis Mitte November von beinahe 200.000 Binnenvertriebenen, 92 Toten und mehreren hundert Verletzten durch den türkischen Angriffskrieg in Rojava. Über 800 inhaftierte IS-Kämpfer brachen aus den kurdischen Haftanstalten aus. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sowie zahlreiche Videos auf sozialen Medien dokumentieren die systematisch verübten Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung: Massenexekutionen, Vertreibungen, ethnische Säuberungen, schwerste Folterungen sowie Bombardierungen von Wohngebieten, Kirchen, Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Schätzungsweise 1,65 Millionen Menschen in Rojava sind derzeit auf dringende humanitäre Hilfe angewiesen. Das Ausmaß der humanitären Katastrophe ist immens. Insbesondere die grausame öffentliche Hinrichtung der kurdischen Politikerin Havrin Khalaf und die widerwärtigen Schändungen ih-

res Leichnams haben sich bereits fest ins Gedächtnis der kurdischen Bevölkerung gebrannt. Indes lobte Kriegsverbrecher Erdogan seine verbündeten islamistischen Mörderbanden, die zweifellos vorsätzlich gegen die Genfer Konvention verstoßen, als »Armee Mohammeds« und sagte in einer martialischen Rede, die Türkei werde »die Köpfe der Rebellen zerquetschen«, sollten sich diese nicht sofort aus der türkisch-syrischen Grenzregion zurückziehen. Während der Staatsterrorist Erdogan triumphierend seine neo-osmanischen Expansionspläne umsetzt, werden die Kurden von internationalen Großmächten, wie schon so oft in der Geschichte, auf dem Altar imperialer Machtkämpfe geopfert.

Die gegenwärtigen politischen Entwicklungen gleichen einem Déjà-vu des Grauens. Trump tritt mit seiner erratischen Abzugsentscheidung in die Fußstapfen des russischen Staatschefs Putin, der die Kurden zum Faustpfand für Erdogan machte. Putin gab bereits Anfang 2018 den nordwest-syrischen Luftraum für türkische Kampfflugzeuge frei und ebnete somit den Weg für die völkerrechtswidrige militärische Besetzung der Provinz Afrin durch die Türkei.

Mit dieser zynischen Machtpolitik verfolgt Putin, der den Einfluss Russlands im Nahen Osten konsolidieren möchte, zwei wesentliche Ziele. Zum einen bezweckte er damit die Entfremdung der Türkei von der NATO und die Schaffung eines Abhängigkeitsverhältnisses zu Russland. Zum anderen wollte er die syrischen Kurden in die Arme seines Schützlings Assad treiben, der mit seiner brutalen Kriegsführung bereits hunderttausende Syrerinnen und Syrer getötet hat und Millionen Menschen zur Flucht trieb. Durch den US-Rückzug ist seine Rechnung aufgegangen. Russland ist bis auf weiteres eindeutig der Sieger im Machtpoker um Rojava und die entscheidende imperiale Ordnungsmacht in der Region.

Ein weiterer Sieger ist das Assad-Regime, welches ohne einen Finger zu krümmen, nun wieder große Teile Syriens beherrscht. In Gesprächen mit Vertretern der demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien wurde mir bestätigt, dass das Assad-Regime bislang zu keinem Zeitpunkt eine Kompromisslösung mit den Kurden beabsichtigte. Ziel war schon immer die Wiederherstellung des Status Quo vor dem Krieg sowie die Verhandlungsposition der Kurden zu schwächen, gar ihre Kapitulation zu erzwingen. Durch den drohenden Genozid durch die Türkei waren die Kurden gezwungen, ausgerechnet Assad um Hilfe zu bitten. Obwohl es sich derzeit nur um einen militärischen Deal handelt, ist das Assad-Regime seinem Ziel näher gerückt denn je.

Sowohl für Russland, als auch für die USA waren und sind die Kurden im Kampf um die Vormachtstellung im Nahen Osten nicht mehr als eine politische Verhandlungsmasse. Das hat sich das kurdenfeindliche Erdogan-Regime zu Nutze gemacht. Zwar konnte die Türkei ihr Ziel, eine 32 Kilometer tiefe und 444 Kilometer breite Zone zu errichten, durch das Veto Russlands und der USA nicht vollumfänglich verwirklichen. Dennoch befindet sich aktuell ein 120 Kilometer langes und 30 Kilometer breites Gebiet zwischen den nordsyrischen Städten Ras al-Ain und Tall Abyad unter ihrer militärischen Kontrolle. Die von der Türkei angekündigte Ansiedlung von drei Millionen syrischen Flüchtlingen aus der Türkei hat begonnen. Den Kurden droht eine ethnische Massenvertreibung. Die USA und Russland lassen ihm dabei freie Hand.

## Kein Partner

Die Bundesregierung spielt den unbeteiligten Statisten und folgt letztlich der antikurdischen Linie des Erdogan-Regimes. Der halbherzigen



**DIE LINKE im Bundestag ist die einzige parlamentarische Kraft, die den türkischen Angriffskrieg scharf verurteilt und Gegenmaßnahmen fordert**



Foto: Die Hoffotografen

Verurteilung des türkischen Eroberungskrieges folgen praktisch keine ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen. Scheinheilig vermarktet »Ausseh-Minister« Maas die teilweise Beschränkung der Kriegswaffenexporte auf maritime Rüstungsgüter an die Türkei als erfolgreiche Sanktionsmaßnahme. Bereits genehmigte oder gelieferte Waffen umfasst die Maßnahme nicht. Die Bundesregierung hat tatsächlich allein im Jahr 2018 trotz der türkischen Militärinvasion gegen Afrin noch Kriegswaffen-Exporte in Höhe von 242,8 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die türkische Armee und die verbündeten islamistischen



**»Wo sich Elefanten bekämpfen, hat das Gras den Schaden«**

Mörderbanden verüben ihre Kriegsverbrechen auch mit Leopard-Panzern »Made-in-Germany«.

DIE LINKE im Bundestag ist die einzige parlamentarische Kraft, die das kriegerische Treiben Erdogans scharf verurteilt und die Bundesregierung zu konkreten Gegenmaßnahmen drängt: den sofortigen Stopp aller Waffen- und Rüstungsexporten

an die Kriegspartei Türkei, die Aussetzung der militärischen Zusammenarbeit, die Rücknahme von Hermes-Kreditbürgschaften zur Finanzierung von wirtschaftlichen Groß- und Prestigeprojekten sowie eine Initiative Deutschlands auf EU-Ebene zur Aufkündigung des schäbigen Flüchtlingsdeals und der EU-Vorbeitrittshilfen in Milliardenhöhe durch die EU. Eine solche politische Antwort würde Erdogan verstehen. Die Türkei Erdogans ist kein Partner mehr für Frieden und Sicherheit.

Helin Evrim Sommer ist  
entwicklungspolitische Sprecherin  
der Bundestagsfraktion DIE LINKE



Foto: DIE LINKE. NRW

■ ■ **Nordrhein-Westfalen.** DIE LINKE. NRW hat auf ihrem Landesparteitag die Weichen für das Wahlkampfjahr 2020 gestellt. Die Leitlinien für die kommende Kommunalwahl wurde mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet. Die Delegierten haben auch den »solidarischen Kommunalwahlfonds« auf den Weg gebracht. »Das Ziel unserer Partei ist es, uns in den 53 Kommunen für die Wahl am 13. September 2020 breit aufzustellen, um am Ende in vielen Kreistagen und Stadträten vertreten zu sein«, erklärt Sascha H. Wagner, Landesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE in NRW und Wahlkampfleiter im nächsten Jahr. »Neben den Leitansätzen zur Kommunalwahl haben die Delegierten eine Resolution verabschiedet, in der sie sich solidarisch mit der VVN-BdA erklärt. Antifaschismus ist gemeinnützig und muss es auch blei-

ben«, so Wagner und weiter: »Auch unsere Solidaritätserklärung mit den Mitarbeiter\*innen von Thyssen-Krupp war ein wichtiges Zeichen. Im Arbeitskampf stehen wir Seite an Seite mit Arbeiter\*innen und Angestellten.«

■ ■ **Sachsen.** Auf der jüngsten Innenministerkonferenz wurden Forderungen laut, den Landfriedensbruch-Paragrafen und das Sprengstoffgesetz zu ändern, sowie für Straftaten im Zusammenhang mit Fußballspielen die Fahrerlaubnis entziehen zu können. Die bundesweit tätige »Arbeitsgemeinschaft Fananwälte« kritisierte die geplanten Veränderungen: »Alljährlich sollen offenbar Fußballfans dafür herhalten, der Innenministerkonferenz zu Aufmerksamkeit zu verhelfen. Dafür sind sogar Forderungen recht, die gegen das geltende System von Strafe und Maßregel verstoßen. Offenbar

soll ein Sondersanktionsrecht für Fußballfans eingeführt werden.« Marika Tändler-Walenta, sportpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, unterstützt diese Kritik: »Die vorgeschlagenen Gesetzesverschärfungen sind nicht nur populistische Forderungen, die auf dem Rücken von Fußballfans ausgebreitet werden. Die Tatsache, dass mit dem Entzug des Führerscheins für auffällig gewordene Fußballfans oder der Verschärfung des Landfriedensbruch-Paragrafen ein Sondersanktionsrecht eingeführt werden soll, widerspricht den Grundlagen des Strafrechtssystems der Bundesrepublik Deutschland. Dass schon die pure Anwesenheit in einer Gruppe gegebenenfalls strafbar sein soll, ist mit den Grundrechten unvereinbar und hat gerade keine präventive Wirkung. Statt die Gesetze unnötig zu verschärfen, sollte ein stärkerer Fokus auf die positive Präventionsarbeit der Fanprojekte gelegt werden. Ich erlebe gerade auf einer Fanprojekte-Tour durch Sachsen viele gute Beispiele vor Ort.«

■ ■ **Sachsen-Anhalt.** Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt, Thomas Lippmann, kommentiert die Ergebnisse der Programmdiskussion auf dem Kleinen Sonderparteitag der CDU Sachsen-Anhalt: »Was bereits mit der Landtagswahl 2016 in der CDU seinen Anfang nahm, findet nun in neuer Qualität und Konsequenz seine Fort-

setzung. Seit dem Einzug der AfD in den Landtag von Sachsen-Anhalt und dem Gang in die ungeliebte Koalition mit SPD und Grünen treiben die national-konservativen Kräfte in der CDU die Partei nach rechts, um dort wieder regierungsfähig zu werden – möglichst ohne, gern aber auch mit der AfD. Entgegen ursprünglicher Entwürfe soll der letztlich beschlossene Leitansatz die Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung durch die AfD ermöglichen.« Über gemeinsames Agieren auf kommunaler Ebene solle der Weg in die Regierung geebnet werden. »Die AfD hat ausreichend klar gezeigt, dass sie sich dem Menschen- und Gesellschaftsbild des NS-Regimes verpflichtet fühlt. Davor in der sogenannten bürgerlichen Mitte die Augen zu verschließen, hat schon einmal in die Katastrophe geführt.« Die CDU habe der AfD die Hintertür geöffnet – der Versuch, einen Rechtspopulisten zum Innenstaatssekretär zu machen, habe erst einen Vorgeschmack geliefert, so Lippmann.

■ ■ **Hamburg.** DIE LINKE will das Gemeinnützigkeitsrecht ändern. Zur nächsten Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft fordert sie den Senat mit einem Antrag dazu auf, sich im Bundesrat und bei seinem eigenen Finanzamt dafür einzusetzen, dass Vereinen wie der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN-BdA), aber auch »Attac« und »Campact« die Ge-

## Entzaubert

meinnützigkeit wieder zuerkannt wird. »Was kann denn gemeinnütziger sein als Antifaschismus?«, begründet dies Christiane Schneider, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion. »Die Entscheidung des Berliner Finanzamts, der VVN wegen eines Berichts aus Bayern bundesweit den Status der Gemeinnützigkeit abzuspargeln, ist ein Skandal. Warum genügt ein bayerischer Geheimdienst, um einem bundesweit arbeitenden Verein finanziell das Rückgrat zu brechen? Hamburg soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass diese Regelung aus dem Gesetz gestrichen wird.« Auch Vereine wie Campact und Attac sind in den Fokus der Finanzämter geraten und kämpfen um ihre Gemeinnützigkeit. »Progressive Vereinigungen müssen sich auch politisch einmischen können – das ist ja genau ihre Aufgabe«, erklärt Schneider. »Wir beantragen daher, die Abgabenordnung so zu ändern, dass diese Vereine rechtliche und finanzielle Sicherheit bekommen. Außerdem soll das Hamburger Finanzamt gar nicht erst vor die Frage gestellt werden, wie es unklare Regelungen des Bundes auszulegen hat.« Das Finanzamt Berlin hat in einer viel kritisierten Entscheidung der VVN/BdA unter Verweis auf den bayerischen Verfassungsschutzbericht die Gemeinnützigkeit wegen angeblicher extremistischer Beeinflussung entzogen. Attac und Campact waren ins Fadenkreuz geraten, weil sie sich

**K**ennen Sie das: Der Computer reagiert nicht und auch das verzweifelte Hämmern auf der Tastatur bleibt erfolglos? Wohl jeder, der regelmäßig am PC arbeitet, hat so eine Situation schon erlebt. In diesem Fall ist ein Neustart des Rechners fällig. Derzeit bemühen Journalist\*innen häufig die Floskel des »Neustart«, wenn es um die SPD geht. Die überraschende Wahl der Partei-Linken Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans an die SPD-Spitze soll ein Neuanfang sein. »Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne«, dichtete Hermann Hesse einst. So entrückt und verschoben wie der Schriftsteller mit seinem Hang zum Transzendentalen, präsentiert uns die Presse auch Esken und Borjans. Zwei linksradikale Sonderlinge, die der ohnehin schon siechenden SPD den Todesstoß versetzen. Dieser Neuanfang, da sind sich »Zeit«, »FAZ« und »Süddeutsche« einig, ist der Anfang vom Ende der einst stolzen Sozialdemokratie. Als deutlichster Beweis muss die Forderung der beiden nach einem 500 Milliarden Euro schweren Investitionsprogramm herhalten, mit dem man innerhalb von zehn Jahren die marode Infrastruktur im Lande zukunftsfähig machen will. Linksradikaler Wahnsinn? Selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie macht sich für einen milliardenschweren Investitionsfonds stark. Der SPD-Parteitag Anfang Dezember hat eindrucksvoll gezeigt, dass die alte Dame vorerst nur rhetorisch mit der Agenda-Politik bricht. Hartz IV soll künftig unter dem Namen Bürgergeld ausbezahlt werden, aber auf eine Erhöhung der viel zu niedrigen Sätze konnte man sich nicht einigen. Es fehlt zudem der Mut, sich aus der tödlichen Umarmung der Union zu lösen. Ein Neustart ist kein Neuanfang. Der Computer wird nur neu gestartet. Die veraltete, fehleranfällige Software läuft weiter und verursacht Probleme.

Fabian Lambeck

**DISPUT** stellt sich allmonatlich den Sprechblasenfragen unserer Zeit. Dafür die kleine Sprachglosse.

aus Sicht von Finanzbehörden zu sehr politisch einmischen.

■ ■ **Baden-Württemberg.** Anlässlich der von der grünen Landesregierung geplanten Verschärfung des Polizeigesetzes kommentiert Michel Brandt, Obmann für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe: »Die Grünen nähern sich in ihrer Interpretation der Freiheitsrechte einer sehr konservativen, restriktiven Auslegung, wie sie die CDU schon länger benutzt, an. Von der ehemaligen Bürgerrechtspartei ist in Baden-Württemberg nach acht Jahren Regierung nichts mehr übrig.« Nach Staatstrojanern, Kriegswaffen, Videoüberwachung im öffentlichen Raum, grundlosem Hausarrest und elektronischen Fußfesseln sollen die Kompetenzen der Polizei weiter ausgebaut werden, beispielsweise durch Ausweitung der Schleierfahndung, anlasslose Personenkontrollen und Aufhebung der Untersuchungshaftbegrenzung. »Besonders für Minderheiten, organisierte Fußballfans und politische Aktivist\*innen wird die freiheitliche Luft dann immer dünner. Ich empfinde diese Entwicklung als bedrohlich für Menschen, die sich für fortschrittliche Politik und gesellschaftliche Mitbestimmung einsetzen«, so Brandt, der gleichzeitig zur Beteiligung an den Protesten gegen das Polizeigesetz aufruft.

# Blutbad vor dem Reichstag

Am 13. Januar 1920 forderten mehr als 100.000 Demonstranten in Berlin wirkliche Rechte für die Betriebsräte – die Staatsmacht reagierte mit brutaler Gewalt **VON RONALD FRIEDMANN**

In den Tagen der Novemberrevolution 1918 wurde die Idee der Räte Demokratie durch das aktive Handeln der Arbeiter und Soldaten auch in Deutschland politische Realität. Doch nur wenige Wochen nach dem Sturz der Monarchie und der Errichtung der Republik, auf dem Reichsrätekongress im Dezember 1918 in Berlin, entmachtete sich die Rätebewegung selbst, in dem der Kongress – unter dem maßgeblichen Einfluss der SPD – die Entscheidung über den künftigen Weg der Revolution in die Hände einer noch zu wählenden Nationalversammlung gab. Folgerichtig verloren die Räte sehr schnell an Kraft und Bedeutung. Was blieb, war letztlich nur der Artikel 165 der Weimarer Verfassung, die am 14. August 1919 in Kraft trat: »Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten [...]« Und: »Aufbau und Aufga-

be der Arbeiter- und Wirtschaftsräte [...] zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.«

## Machtvolle Demonstration

Für den 13. Januar 1920 war in der Nationalversammlung, die nach der Verabschiedung der neuen Verfassung nach Berlin zurückgekehrt war und nun als höchstes deutsches Parlament wirkte, deshalb die erste große Lesung eines Betriebsrätegesetzes angesetzt worden, mit dem die angekündigte reichsgesetzliche Regelung geschaffen werden sollte.

Der Entwurf, der auch außerhalb des Parlaments diskutiert wurde, stieß in der breiten Linken jedoch auf massive Ablehnung. Den Betriebsräten sollte zwar eine gewisse Mitsprache bei sozialen Fragen wie Einstellungen und Entlassungen eingeräumt werden, doch eine Kontrolle oder gar Übernahme der Betriebsleitung durch die Räte sollte prinzipiell ausgeschlossen bleiben. Die alte Wirtschaftsordnung sollte nicht angetastet werden.

Der Widerstand gegen das geplante Betriebsrätegesetz sollte am Tag der Debatte im Parlament durch eine machtvolle Demonstration sichtbar gemacht werden. Zwei Aufrufe – unterzeichnet vom Berliner Bezirksverband der USPD, dem Vollzugsrat Berlin und den Berliner Gewerkschaften, beziehungsweise von Vertretern der USPD, der KPD und der Zentrale der Betriebsräte – riefen die Berliner Arbeiter und Angestellten auf, in großer Zahl vor dem Reichstagsgebäude zu erscheinen. Die SPD hingegen tat alles, um die Demonstration zu verhindern. Vergeblich.

Die beiden Aufrufe hatten eine unerwartet große Resonanz, auf die die Organisatoren letztlich nicht vorbereitet waren: Statt einiger tausend erwarteter Demonstranten versammelten sich an diesem 13. Januar 1920

ab etwa zwölf Uhr mehr als 100.000 Menschen. In dieser Situation erwies es sich als fatal, dass es keine richtigen Planungen für den Ablauf und einen geordneten Abschluss der Demonstration gab. Nach einigen kurzen Reden verharrte die Masse untätig, während sich die Stimmung weiter aufheizte, zumal die mit schweren Waffen ausgerüstete Sicherheitspolizei einer Delegation, die mit den Abgeordneten der USPD sprechen wollte, der Zugang in das Reichstagsgebäude verweigert hatte.

Die Berichte über die nachfolgenden Ereignisse sind zum Teil sehr widersprüchlich. So behauptete die Regierung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Gustav Bauer, dass Demonstranten gegen 15.30 Uhr, kurz nach Beginn der Sitzung der Nationalversammlung, versucht hätten, gewaltsam in das Gebäude einzudringen. Die Sicherheitspolizei habe zunächst Warnschüsse abgegeben, sei dann aber gezwungen gewesen, scharf zu schießen und sogar Handgranaten einzusetzen. Dieser Darstellung widersprachen Kommunisten und Unabhängige: Die Polizei habe die Demonstranten grundlos und ohne Vorwarnung angegriffen. Tatsächlich war es am Westflügel des Reichstagsgebäudes zu Rangeleien zwischen Demonstranten und Polizisten gekommen. Doch die übergroße Zahl der Todesopfer gab es auf der Südseite, wo die Lage friedlich geblieben war. Bei dem Blutbad vor dem Reichstag starben insgesamt 42 Menschen, mehr als 100 wurden verletzt. Es war die blutigste Demonstration in der deutschen Geschichte.

Die Mehrheit der Nationalversammlung allerdings zeigte sich unbeeindruckt. Ungeachtet der massiven Proteste wurde das Betriebsrätegesetz am 18. Januar 1920 beschlossen und am 4. Februar 1920 in Kraft gesetzt. Im Januar 1934 wurde es von der Hitler-Regierung annulliert und durch ein »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« ersetzt.

Über 100.000 Menschen demonstrieren vor dem Reichstag gegen das Betriebsrätegesetz.

Foto: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung





Foto: Panorama Entertainment

■ **Jojo Rabbit**

Der zehnjährige Johannes hat wenig zu lachen. Es ist der Zweite Weltkrieg und mit seinen Pimpf-Kollegen soll er für den Fronteinsatz trainieren. Aber als er sich als zu harmlos erweist, einen Hasen zu töten, hat er seinen Spitznamen weg. Auch mit Bewegung hat er es nicht. Wenn er mit der Handgranate wirft, kann man sicher sein, dass sie von einem Baum zurückprallt und an Jojos ohnehin lädiertes Rübe gehörige Schäden hinterlässt. Spätestens hier setzt das Kopfkino ein. Dort steht Jojo der imaginäre Führer Adolf Hitler persönlich zur Seite, wenn es darum geht, ein richtiger Nazi zu werden. Da flätzt sich Adolf im Sessel und gibt gute Ratschläge.

Einen massiven Grund, den Aktionsradius seines Hirngespinnstes einzuschränken, ist Jojos Entdeckung, dass seine Eltern offenbar im Widerstand aktiv sind. Bald fin-

det er raus, dass im Wandschrank jemand haust – Jojos Mutter hat offensichtlich ein jüdisches Mädchen versteckt. Und Elsa gibt dem fanatischen Mini-Nazi einen Reality-Check nach dem anderen.

»Jojo Rabbit« war der Publikumsrenner auf allen Festivals, auf denen der verrückte Film über den Führer im Kopf lief. Regisseur Taika Waititi hat ein auch in den Nebenrollen mit Sam Rockwell und Scarlett Johansson bestens besetztes Drama gedreht.

■ **Die Wütenden – Les misérables**

Mit Victor Hugos berühmtem Roman hat Ladj Lys gleichnamiger Film »Die Wütenden – Les misérables« den Schauplatz gemeinsam: Die Pariser Vorstadt Montfermeil, Ort krasser sozialer Spannungen, dem Hugo mit seinem Werk ein Denkmal setzte. Und wie der Romancier berichtet auch Ly, der in diesem Viertel aufwuchs, von Polizeigewalt und Kleinkriminalität. So spielt sein Film die meiste Zeit in

einem zivilen Streifenwagen. Ordnungshüter Stéphane, der seinen ersten Einsatz in der Einheit für Verbrechensbekämpfung hat, kriegt gleich mit, wie die Machtlinien auf der Straße und in den Wohnblocks verlaufen. Er und seine mies gelaunten Kollegen schlichten hitzige Auseinandersetzungen, besorgen geklautes Eigentum wieder und halten auch schon mal eine Waffe an den Kopf eines Verdächtigen. Legal ist hier meist gar nichts.

Beim Versuch, einen jugendlichen Dieb festzunehmen, der – bitte festhalten: ein Löwen-Baby gekidnappt hat – werden die Polizisten von einer Drohne gefilmt. Da einer von ihnen den Verdächtigen fast getötet hat, hätten sie nur allzu gern die Speicherkarte mit der Aufnahme.

Diese Version von »Les misérables« hält sich nicht lange auf mit der Schilderung politischer Prozesse, mit der Darstellung der Organisation von Macht und Gegenmacht. Das hier ist ein Run Trainingsanzug und Hoodies tragender Protagonisten durch einen Vorstadt-Parcours, in den sich die Oberschicht nie verirrt. Fazit: Unten ist die Luft dick, oben dünn: Ein Film, der zeigt, dass sich in den letzten 150 Jahren an den Verhältnissen nicht viel geändert hat.

→ Beide Filme starten am 23. Januar 2020



DAS DIGITALE  
WETTRÜSTEN  
IST IM GANGE

GELESEN VON  
INGRID FEIX

KULTURGUT NACHTCLUB

Clubs seien schützenswerte Räume kultureller Vielfalt und sollten Konzertsälen, Opern und Theatern gleichgestellt werden, erklären die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im einem Antrag. »Ich möchte, dass diese Clublandschaft, die sich in den letzten Jahren aufgebaut hat, erhalten bleibt und nicht dem Ausverkauf der Stadt zum Opfer fällt«, sagte Caren Lay im Interview mit dem Magazin VICE. Wegen steigender Miet- oder Pachtgebühren, Nicht-Verlängerung von Verträgen und Verkauf von Grundstücken müssten immer mehr Clubs schließen. DIE LINKE fordert unter anderem eine Änderung des Baugesetzbuches, um Kulturschutzgebiete schaffen zu können. »Das Clubsterben ist jetzt offizieller Bestandteil der Politik des Deutschen Bundestages«, so Lay.

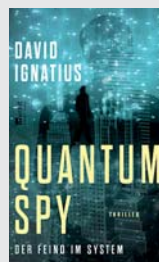
SCHUTZKONZEPT

Die Linksfraktion hat den Antrag »Umstände des Kunstraubes in Dresden rückhaltlos ermitteln und aufklären – Maßnahmenkonzept zum wirksamen Schutz von Kunst- und Kulturgütern in Sachsen vorlegen!« eingereicht. Dazu erklärt Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag: »Was die Verantwortlichen vor Ort seit Ta-

**K**eine Angst, in diesem Agentenroman des Amerikaners David Ignatius wird nicht rumgeballert, es fließt kaum Blut. Dennoch ist es sehr gruselig, auch weil der Roman unheimlich dicht an der Wirklichkeit ist. Der Autor kennt sich aus mit Geheimdiensten. Da gibt es kein Gut und Böse. Die USA, China und Russland arbeiten mit Hochdruck und im Geheimen an der Entwicklung eines Quantencomputers, der in kürzester Zeit jeden noch so komplizierten Code knacken kann. Russland – so in dieser Geschichte – ist dabei in eine Sackgasse geraten. Bleiben nur noch die USA und China als Rivalen im digitalen Wettrüsten. Es geht wie immer um die Macht. Wissenschaftler sind mit ihren Entwicklungen umworbene Menschen und stehen unter besonderer Beobachtung. Verdacht, Misstrauen und Verrat sind an der Tagesordnung.

Zu den »Beobachtern« im Dienste der CIA gehört der Sino-Amerikaner Harris Chang. Er ist durch und durch Amerikaner, seit mehreren Generationen lebt seine Familie in den USA, er hat im Irak-Krieg gedient und sich als besonders geeignet für den Auslandsgeheimdienst erwiesen. Nun soll er einen chinesischen Maulwurf in den eigenen Reihen enttarnen. Wer ist dieser Rukou, der die Chinesen mit Informationen aus der Kommandozentrale versorgt? Chang ist ihm auf der Spur und gerät selbst ins Visier, denn für seine amerikanischen Kollegen ist er noch immer ein Chinese. Misstrauen herrscht schließlich auch innerhalb der Geheimdienste, die weltweit von Singapur bis Mexiko-City, von Amsterdam bis Vancouver ihre Fäden ziehen. Was dem Autor neben der sehr anschaulichen Darstellung der geheimdienstlichen Methoden gelungen ist, sind die Charaktere der Agenten, ihre Schwächen und Stärken zu beschreiben. Denn der ganze Wahnsinn ist bei aller technischen Genialität menschengemacht.

David Ignatius  
**Quantum spy.**  
**Der Feind im System**  
Aus dem Englischen  
von Stefan Lux  
Thriller  
Rowohlt Verlag  
448 Seiten, 20 Euro



gen an Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten von sich geben, ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten. Es macht fassungslos, mit welchem Dilettantismus hier kostbare Kunstschatze faktisch der Schutzlosigkeit preisgegeben wurden.« Ein »belastbares Maßnahmenkonzept« solle erstellt werden und er erwarte Auskunft über die Konsequenzen nach dem Kunstraub vom 26. November im »Grünen Gewölbe«, so Gebhardt weiter.

UNTER BESCHUSS

Am 27. November hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag die öffentliche Anhörung »Medien unter Beschuss« mit zahlreichen hochrangigen Gästen und rund 240 Besucher\*innen abgehalten. Diese widmete sich der Verfolgung von Julian Assange sowie weiterer Whistleblower\*innen. Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali erklärte: »Ich glaube, man darf ohne zu übertreiben feststellen: Wir leben in Zeiten des Krieges. Und dabei ist die Wahrheit hinderlich.« Im Vorfeld hatten der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und die Abgeordnete Sahra Wagenknecht am Brandenburger Tor das Monument »Anything to say?« enthüllt. Die Bronzeskulptur des italienische Künstlers Davide Dormino zeigt Edward Snowden, Julian Assange und Chelsea Manning.

**A**m Wahlabend des 27. Oktobers gab es Grund zu feiern: 31 Prozent beziehungsweise 343.780 Zweitstimmen bei einer Landtagswahl für DIE LINKE Thüringen. Und damit stärkste Kraft im neuen Landtag. Die Putzfrau oder der Wachmann, die mir am nächsten Morgen zum Erfolg gratulierten – dies beflügelt mich immer noch. »Person, Programm, Partei« – alle drei Aspekte müssen stimmen, um so ein Ergebnis als LINKE zu erringen. Bodo Ramelow, unsere Kandidierenden sowie die gesamte Partei – auch die zahlreichen helfenden Hände aus der Bundespartei und anderen Landesverbänden – haben dazu beigetragen. Ein Spitzenkandidat, der mit einem Dialogformat durch alle Landkreise und Städte tingelt, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die an Türen geklingelt und geklopft haben, unser Emma-Mobil, das im ländlichen Raum unterwegs war und vieles mehr zeichneten einen Wahlkampf aus, der nah an den Menschen war und weit über das Übliche hinausging. Vor allem ernteten wir, was in den letzten Jahren gesät wurde: Fünf Jahre Regierungsarbeit in einer rot-rot-grünen Koalition – die Arbeit der LINKEN als Partei, Fraktion und in Regierung – zahlte sich aus. Viele Thüringerinnen und Thüringer wollten, dass wir diese Arbeit fortsetzen. Ein Faktor, auf den unser Programm zur Landtagswahl setzte: Auf Erreichtes aufbauen und demokratische wie sozial-ökologische Politik weiter im Land verankern. Hinzu kam: Unsere klare Haltung und praktische Politik für eine offene Gesellschaft und gegen Rassismus machte die Thüringer LINKE zum Widerpart der AfD. Beide Aspekte repräsentierte Bodo Ramelow als Ministerpräsident und als unser Spitzenkandidat. Nach dem Wahlabend war klar: Die Wählerinnen und Wähler wollen ihren Ministerpräsidenten behalten. Und: Wir als Thüringer LINKE haben den Auftrag, eine Regierung zu bilden. Gleichzeitig verlor Rot-Rot-Grün seine Mehrheit. Warum? Die AfD mobilisiert

Wählerinnen und Wähler, so dass Mehrheiten Mitte-Links – zumindest in Ostdeutschland – erschwert werden. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Thüringen sind zwar anders als in Brandenburg und Sachsen, aber eine Basis für den Aufstieg der völkischen und gar faschistischen Rechten der AfD finden sich auch hier. Seit 2000 spiegelt der Thüringer Monitor dies wieder; aktuell weisen 24 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer extrem rechte Einstellungsmuster auf. Rassismus und Nationalismus sind noch wesentlich verbreiteter. Die Formierung dieses Potentials als politische Kraft ist der AfD gelungen. Wir stehen daher vor einer komplexen Konstellation für linke Politik: Neben Rot-Rot-Grün existiert ein konservativ-liberaler Block und einen völkischer Block, die gemeinsam eine Mehrheit im Landtag haben. Doch einfach kann ja jeder! Bereits 2014 haben wir bewiesen, dass wir neue Herausforderungen meistern können und Rot-Rot-Grün mit nur einer Stimme Mehrheit auf den Weg gebracht. Seit kurz nach der Wahl treffen wir uns mit SPD und den Grünen, um eine Minderheitsregierung zu bilden. Eine Form, in der wir am besten den Gestaltungsanspruch sozial-ökologischer Politik deutlich machen können und es eben nicht zu einer bis zur Unkenntlichkeit vereinheitlichten Politik einer Großen Koalition kommt. Inhaltliche Eckpunkte werden in der nächsten Zeit ausgehandelt. DIE LINKE wird – davon unabhängig – bewusst auf mehr direkte Demokratie setzen, um Projekte in Feldern, in denen gesellschaftliche Mehrheiten für diese existieren, durchzusetzen. Jetzt heißt es, nicht weniger, sondern mehr Demokratie zu wagen. Wir werden CDU und FDP bei der Ausweitung direktdemokratischer Prozesse in die Pflicht nehmen und an vergangene Versprechen an die Thüringerinnen und Thüringer erinnern. Gerade weil wir verfassungsändernde Mehrheiten brauchen, wenn es um mehr direkte Entscheidungsgewalt der Menschen geht. Damit bleibt Thüringen ein Labor für politische Experimente. Neue Herausforderungen stehen an. Die Thüringer LINKE wird sie erneut meistern.



SUSANNE HENNING-  
WELLSOW

## Thüringer Experiment 2.0

Foto: DIE LINKE

Anlässlich des »Internationalen Gedenktags für die Opfer des faschistischen Terrors« am 14. September 1986 riefen sie zu einer Aufräumaktion auf dem Jüdischen Friedhof auf. Es wurden 130 schriftliche Meinungsäußerungen zu der geplanten Straße sowie 40 Adressen von Personen gesammelt, die sich an einem Arbeitseinsatz auf dem Friedhof beteiligen wollten. Zusammen mit einem Text von Irena Kukutz wurden die Meinungsäußerungen an den Oberbürgermeister von Ost-Berlin, das Zentralkomitee der SED und den Staatssekretär für Kirchenfragen gesandt.<sup>63</sup> Über westliche Medien erfuhren die »Friedensfrauen« im September, dass die DDR-Regierung das Projekt aufgegeben hatte.<sup>64</sup>

### Die Perestroika beginnt – ohne die DDR

Noch einmal sollte eine Veranstaltung der »Friedensfrauen« in der Ost-Berliner Auferstehungskirche stattfinden. Am 26. Juni 1987 initiierten die »Frauen für den Frieden« gemeinsam mit Mitgliedern der Auferstehungsgemeinde eine liturgische Nacht. Sie fand während des Evangelischen Kirchentages, der vom 24. bis zum 28. Juni 1987 in Ost-Berlin unter dem Motto stand: »... und ich will bei euch wohnen. Verlaßt euch nicht auf Lügenworte ...«, statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung diskutierten über ihr Heimatverständnis, besonders in Bezug auf die Stadt Berlin.<sup>65</sup> Die »Friedensfrauen« baten die Besucherinnen und Besucher, den aus 400 Papphockern errichteten »Turm der Macht« abzureißen, der die Machteliten der Hauptstadt der DDR symbolisierte. Deutlicher ließ sich die Kritik am politischen System und den existierenden Machtstrukturen kaum demonstrieren. Christa Sengespeick, die gemeinsam mit Martin Gutzeit<sup>66</sup> die Predigt hielt, forderte anhand eines Psalmworts demokratische Teilhabe und wies auf die schmerzhaften Auswirkungen mangelhafter Partizipation hin. Während der Diskussion wurden demokratische Partizipation und – vor dem Hintergrund der in der Sowjetunion stattfindenden Veränderungen – indirekt freie Wahlen gefordert.

Im Mai 1987 hatten die »Friedensfrauen« einen Text mit der Überschrift »Ein Jahr danach – Tschernobyl – denkst auch du noch daran?« verfasst. Darin diskutierten die Verfasserinnen Positionen für und wider atomar erzeugte Energie und forderten, die Energiegewinnung durch Kernkraft einzustellen.

63 Siehe Dokument 14 in diesem Band.

64 Siehe auch den Bericht von Ruth Kibelka (Leiserowitz), ab S. 114 in diesem Band.

65 Siehe auch den Beitrag von Christa-Sengespeick-Roos, ab S. 122 in diesem Band.

66 Martin Gutzeit (geb. 1952), Theologe, 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), 1993–2017 Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Hrsg.: Almut Ilsen /  
Ruth Leiserowitz

Seid doch laut!  
Die Frauen für den Frieden  
in Ost-Berlin

Ch. Links Verlag, Berlin,  
Oktober 2019  
Broschur, 304 Seiten, 30 Euro  
ISBN 978-3-96289-065-0

